Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926. | Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. | Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) auf dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4989a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221. | Sonnabend, den 22. September 1900. | 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Eigener Bericht des Lübecker Volksboten.)

g. Mainz, 19. September.

3. Verhandlungstag.

(Nachmittags-Sitzung.)

In der Nachmittagssitzung, der Singer präsidirt, wird die Diskussion über den Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, fortgesetzt.

Adler-Kiel: Ich bin gegen den Alkohol, aber die Frage ist keine Parteifrage. Alkohol ist Privatsache.

Pickelmann-München schließt sich dem Vorredner an. Er meinte, die Lage des Arbeiters müsse so verbessert werden, daß er noch eine Maaß Bier mehr trinken könne. (Stürmische Heiterkeit.)

Braun-Königsberg: Alkohol ist Privatsache, klingt ganz schön, aber wer in Ostpreußen lebt und mit einer Bevölkerung zu thun hat, die alkoholisch verseucht ist, wird doch anderer Meinung. Der Alkohol ist das Uebel, das uns dort so schwer vorwärtskommen läßt. Agitatorisch ist die Alkoholfrage von großem Werth. Bei den Frauen werden wir für die Frage besonderes Verständniß finden. Ich bin für eine gründliche Erörterung der Frage auf dem nächsten Parteitag.

Wurm-Berlin: Es ist zu unterscheiden zwischen mäßigem Genuß und übermäßigem Genuß. Eine Partei, die sich mit sozialen Dingen beschäftigt, muß sich auch mit der Alkoholseuche beschäftigen. Es braucht nicht durch ein Referat auf einem Parteitage zu geschehen. Wir müssen der Ursache der Alkoholseuche nachgehen. Der Alkoholismus ist erstens eine Lohnfrage, die schlechten Löhne zwingen den Arbeiter, billigen Schnaps zu trinken, dann eine Wohnungsfrage, die schlechten Wohnungen treiben den Arbeiter in die Kneipen. Ein Mittel zur Abhilfe sind Erholungsstätten, wo die Arbeiter zum Verzehren alkoholischer Getränke nicht verpflichtet sind. Die in den Kommunalverwaltungen thätigen Parteigenossen sollten ihr Augenmerk darauf richten. Also keine Symptomkurirerei, sondern das Uebel an der Wurzel fassen.

Kahl-Duisburg: Im Industriebezirk Rheinland und Westfalen steht es genau so wie in Ostpreußen an der russischen Grenze. Deßhalb können wir nicht sagen: Alkohol ist Privatsache. Stimmen Sie dem Antrag Ermann zu.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

König-Bochum begründet einen Antrag, auf dem nächsten Parteitag die Wohnungsfrage zu erörtern. Die Wohnungsfrage ist eine soziale und eine gewerkschaftliche. Es werden jetzt Arbeiterwohnungen gegründet, die die Arbeiter abhängig vom Unternehmerthum machen, die gewerkschaftliche Organisation der dort untergebrachten Arbeiter sehr erschweren. Das Wohnungselend ist andererseits so sprichwörtlich, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist.

Ohne Diskussion wird der Antrag angenommen.

Auer erstattet nun Bericht über die Arbeiten der für die Ausarbeitung des Organisationsstatuts gewählten Kommission. § 1, der die Zugehörigkeit zur Partei nur für Den anerkennen will, der die Partei dauernd mit Geldmitteln unterstützt, ist angenommen, § 2 (Ausschließungsbefugniß des Vorstandes) ist geändert. Angenommen ist im Wesentlichen der Wiesbadener Schiedsgerichtsvorschlag. Es heißt darin, das Schiedsgericht besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die Angegriffenen stellen die eine Hälfte, die Angreifer den anderen Theil der Beisitzer, der Vorsitzende wird vom Parteivorstand bestimmt. Sonst ist der § 2 unverändert geblieben. § 3 handelt von den Vertrauenspersonen. Die Kommission war einig darin, daß die Genossen in den einzelnen Orten die Entscheidung haben, ob feste Vereinsorganisation oder das Vertrauenspersonensystem bestehen soll. Sie hat folgende Resolution der Frauen angenommen, in der Erwartung, daß sich die Genossen überall darnach richten.

„In Erwägung, daß in Anhalt, Bayern, Braunschweig, Lippe, Preußen, Reuß ältere und jüngere Linie nach den Bestimmungen der Vereinsgesetze den Frauen die Theilnahme an den politischen Vereinen untersagt ist und deshalb die Frauen in diesen Bundesstaaten von der Theilnahme an der politischen Thätigkeit ausgeschlossen sind, sofern sich diese, nach Aufhebung der bisherigen Parteiorganisation auf Grund des Systems der Vertrauenspersonen, auf die politischen Vereine allein erstreckt, beschließt der Parteitag: 1. in den Bundesstaaten, in welchen den Frauen die Theilnahme an den politischen Vereinen verboten ist, die bisherige Organisation unter Vertrauenspersonen aufrecht zu erhalten; 2. die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, energisch und fortgesetzt dahin zu wirken, daß die, der gegenwärtigen Entwickelung des politischen und wirthschaftlichen Lebens nicht mehr entsprechenden, die Frauen rechtlos machenden Bestimmungen dieser Vereinsgesetze durch Reichsgesetz aufgehoben werden.“

Wir mußten die Bestrebungen der Frauen so weit unterstützen, wie das nur angeht. Es darf Keiner kommen, der sagt, mit den Weibern ist nicht auszukommen (Heiterkeit), das mag ja zutreffen, manchmal, es giebt eben auch böse Weiber. (Heiterkeit.) Es genügt nicht, daß wir im Programm die Gleichberechtigung haben, sondern auch thatsächlich. Die Männer haben hier Gelegenheit zu zeigen, daß sie wirklich eine Nummer höher sind, als das andere Geschlecht, und die Frauen zur Mitarbeit heranziehen. (Große Heiterkeit.) Die Wünsche der Frauen sind ja sehr bescheiden. Sie wollen bei den Vorbesprechungen, die nicht öffentlich sind, herangezogen werden. Das schadet doch nichts. Was wird dann die Folge sein? Es werden noch ein paar Reden mehr gehalten werden. (Heiterkeit.) Es werden in diesen Sitzungen aber schon so viele überflüssige Reden gehalten, daß es auf ein paar Reden mehr oder weniger nicht ankommt. (Große Heiterkeit.) Man kann den Frauen entgegenkommen. Die nervöse Reizbarkeit, die sie auszeichnet, braucht darum nicht abzuhalten. Diese Reizbarkeit ist erklärlich. Trotz aller aufopfernden Thätigkeit ist es bisher nicht gelungen, eine Frauenbewegung ins Leben zu rufen. Und es wird auch in nächster Zeit noch nicht dazu kommen, fürchte ich. Es liegt das in der Natur der Sache. Unter den Frauen finden sich vorläufig nicht viele, die Geschick und Lust zu öffentlicher Thätigkeit haben. Wir haben das Beispiel an den meisten Frauen der führenden Genossen, die gute Parteigenossinnen sind, aber nicht hervortreten. Die §§ 4—12 sind unverändert gelassen worden. § 13, der vom Parteivorstand handelt, ist geändert worden. Der Vorstand soll künftig nicht aus fünf, sondern aus sieben Mitgliedern bestehen. Zwei unbesoldete Beisitzer sollen dem Vorstand frisches Blut zuführen. Die Wahl der beiden Beisitzer soll durch die Kontrolkommission erfolgen. Maßgebend war dafür das Bedenken, daß man sonst unbedingt auf Berliner Genossen angewiesen wäre. Ob die Lösung eine glückliche ist, will ich nicht entscheiden. Aber bewährt sich der Beschluß nicht, kann er ja im nächsten Jahre abgeändert werden. Die juristischen Bestimmungen über die Einsicht der Bücher wurden nicht geändert, nur wurde ein Zusatz angenommen, wonach die Rechte der Parteitags-Delegirten auf Einsicht in die Bücher nicht beeinträchtigt werden sollen. Sonst ist keine Aenderung beschlossen worden. Der Antrag „Die Festsetzung des Gehalts des Leiters der Buchhandlung Vorwärts geschieht durch den Parteitag“ wurde von der Kommission abgelehnt. Ich bitte Sie, den Kommissionsvorschlägen en bloc zuzustimmen.

Gegen die en bloc-Abstimmung erfolgt kein Widerspruch. Die Vorschläge der Kommission finden fast einstimmige Annahme, ebenso die Resolution der Frauen.

Es folgt Punkt 7: Verkehrs- und Handelspolitik. Hierzu liegt folgende Resolution vor:

„In dem Ausgleich der Produktions- und vornehmlich der Arbeitsbedingungen auf dem nationalen sowie dem internationalen Arbeitsmarkt erblickt die Sozialdemokratie eine wichtige Voraussetzung für die wirthschaftliche, soziale und politische Erstarkung der Arbeiterklasse. Das Tempo dieses Ausgleichs wird durch die Verkehrs- und Handelspolitik eines Landes in weitgehendem Maße bestimmt.

Die gegenwärtige Verkehrspolitik im deutschen Reiche, der einheitlichen Organisation entbehrend, ohne maßgebende Beeinflussung seitens der Volksvertretung, überwiegend nach fiskalischen Gesichtspunkten geleitet, steht nicht nur jeder wesentlichen Erleichterung des Verkehrs im Wege, sie verhindert namentlich den Arbeiter, die Chancen des Arbeitsmarkts auszunützen; sie versagt ferner, gehemmt durch parlamentarischen Widerstand, auf dem Gebiete des Wasserstraßenverkehrs eine weitgehende Verbilligung des Gütertransports und gleichzeitig die Erschließung weiter Gebiete für die Industrie, woraus der Arbeiter gleichzeitig als Produzent wie als Verbraucher Vortheile zu erwarten hätte.

Hält die herrschende Verkehrspolitik den Ausgleich der Produktions- und Arbeitsbedingungen auf dem inneren Markte zum Schaden der Arbeiterklasse, zum Schaden der deutschen Volkswirthschaft hintan, so steuert die gegenwärtig durch ihre Schutzzölle für das Volk schon schädliche Handelspolitik Zielen zu, die für Deutschland in seinen Beziehungen zum Weltmarkt die gleichen Folgen zeitigen müssen, wie die Verkehrspolitik innerhalb der nationalen Volkswirthschaft. Die Großgrundbesitzer und der überwiegende Theil der Industriellen, die landwirthschaftlichen und gewerblichen Kartelle streben unter nicht zu verkennender Begünstigung seitens der Regierung eine Schutzzollpolitik an, die Deutschland von der Weltwirthschaft in hohem Grade abschließen müßte, den Interessenten aber den inneren Markt, ungehindert von jeglicher Konkurrenz des Auslandes, zur Ausfangung preisgeben würde. Unter der Devise: „Schutz der nationalen Arbeit“ soll der Verbraucher, vornehmlich die Arbeiterklasse, der Preisdiktatur des vereinigten Unternehmerthums machtund hülflos überliefert werden. Da die deutsche Einfuhr zu vier Fünfteln aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht, vertheuert diese Schutzzollpolitik die wichtigsten Produktionsmittel und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die im Vergleiche zum konkurrirenden Ausland schon bisher schlechter gestellt ist, mindert dadurch in absehbarer Zeit deren wirthschaftliche Leistungsfähigkeit und beeinträchtigt daher nicht nur das Streben der deutschen Arbeiterschaft nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch die Stellung der deutschen Produktion auf dem Weltmarkt, auf dem Deutschland nur mit billigen Rohstoffen und mit einer gut gelohnten und gut situirten Arbeiterklasse seinen Platz dauernd behaupten kann. Die Annäherung der Produktions- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Länder der Weltwirthschaft wird gehemmt und damit die Herbeiführung der internationalen Gleichartigkeit der Arbeiterinteressen auf wirthschaftlichem Gebiete aufgehalten.

Von diesen Erwägungen ausgehend, tritt die sozialdemokratische Partei Deutschlands im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen und Aufgaben der Verkehrs- und Handelspolitik ein:

A) 1. Für eine innerhalb des deutschen Wirthschaftsgebietes einheitliche Gestaltung der Verkehrspolitik durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich unter Verwerfung des vornehmlich in Preußen groß gezogenen fiskalischen Verwaltungsprinzips;

2. für weitgehende Ermäßigung der Personentarife zur Verwirklichung des juristisch-formalen Rechts der Freizügigkeit der Arbeiter;

3. für den Ausbau eines deutschen Wasserstraßensystems, hauptsächlich für den Bau des Mittelland-Kanals, im Nothfalle durch das Reich.

A) 1. Für Ablehnung aller Zölle und aller Zollerhöhungen auf Lebensmittel. Für möglichste Beseitigung event. Herabsetzung der bisherigen Zollsätze bei der Neugestaltung des Zolltarifs;

2. für eine Handelsvertragspolitik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortschreitend aufzuheben und den freien Weltverkehr zu fördern;

3. für Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen (wie Maximal- und Minimaltarif, Werthzölle ꝛc.), die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andere Staaten erschweren.“

von Vollmar beantragt, in A 1 die Worte „durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich“ und in A 3 die Worte „hauptsächlich für den Bau des Mittellandkanals“ zu streichen.

Calwer als Referent führt aus: Das Referat ist mir aufgedrängt worden durch den Beschluß des Berg- und Hüttenarbeiterverbandes, der sagte: Die Reichsregierung ist aufzufordern, die Einwanderung fremdsprachiger Bergarbeiter in die Bergreviere zu verbieten. Man mag die Sache drehen, wie man will, es liegt hier ein schutzzöllnerischer Beschluß vor, und er ist von einer hervorragenden Arbeiter-Organisation gefaßt worden. Prinzipiell ist gegen den Beschluß nicht viel einzuwenden, denn wir sind keine Manchestermänner. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß andere Leute in der Partei anderer Meinung sind. Hier liegen Gegensätze innerhalb der Partei vor, die geklärt werden müssen. Wir haben ein Interesse daran, von einheitlichen Auffassungen in der Verkehrspolitik auszugehen. Sonst bringen wir es dahin, daß die Arbeiter einiger Distrikte beständig als Lohndrücker gegen die Anderen ausgespielt werden können. Die Löhne der Maurer differiren zwischen 60 und 19 Pfg. pro Stunde. Das Streikbrecherthum hängt mit diesen Lohnverschiedenheiten eng zusammen. Die 4. Klasse auf den Bahnen ist die Arbeiterklasse. Es fahren 200000 Menschen in der vierten Klasse. Alle diese Menschen fahren sehr langsam, es entgeht ihnen dadurch viel Arbeitsverdienst. Wir sind an einer schnelleren Eisenbahnfahrt für die billigeren Klassen, an billigen Eisenbahntarifen ungemein interessirt. Im Reichstage aber haben wir gehört, daß darauf keine Aussicht ist. Man will die Tarife vereinfachen, aber nicht verbilligen. Aus den Eisenbahnen zieht der Staat seine Haupteinnahmen. Die Tarife sind weiter nichts als eine Verkehrssteuer. Wir sind gegen alle indirekten Steuern. Noch schlimmer ist eine Verkehrssteuer. Sie beträgt in Preußen 11 Mk. pro Kopf, für eine Familie von vier Köpfen 44 Mk. Da nicht alle fahren, werden die Reisenden noch schlimmer getroffen. Ein Mißstand ist es, daß die Eisenbahnen in Deutschland nicht zentralisirt sind. Vom wirthschaftlichen Standpunkt ist das zu verwerfen. Ich bin selbst in Süddeutschland geboren und kann verstehen, daß man in Süddeutschland von Reichseisenbahnen nichts wissen will, daß man dort sagt, „wir werden verpreußt!“ (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Aber so schnell gebe ich mich nicht gefangen. Die Frage ist vorläufig nur eine akademische. Von heute auf morgen bekommen wir keine Reichseisenbahnen. Es sprechen aber andere Gründe für Reichseisenbahnen. Die Kartelle bei uns nehmen eine ungeahnte Entwicklung. Die Kartelle diktiren uns die Preise. Zentralistische Verwaltung kann mit Tarifen viel dagegen thun, was den Einzelverwaltungen unmöglich ist. Der Gedanke der Reichseisenbahnen hat selbst in ganz Süddeutschland Fortschritte gemacht. Eins will ich zugeben, wenn wir nicht bessere Zustände bekommen, als die jetzigen preußischen sind, durch das Reich bekommen, dann lassen wir es lieber. (Na also! bei den Süddeutschen.) Der Gütertransport berührt die Arbeiter als Konsumenten. Als solche müssen sie für den Ausbau guter und billiger Verkehrsstraßen ein. Deßhalb trete ich auch für den Mittellandkanal ein.

Ich gehe über zur Handelspolitik. Wenn man bei uns überall ganz klar sähe, würde man nicht immer für absoluten Freihandel sein. In dem schutzzöllnerischen Amerika verdient der Arbeiter das Doppelte des deutschen Arbeiters. Fleisch, Butter, Käse, Kaffee ist in Amerika viel billiger als in Europa. Die Wohnungen mögen drüben etwas theurer sein, Kleider und Schuhe sind billiger als bei uns. Welche Stellung sollen die deutschen Arbeiter zu der Neugestaltung der Handelsverträge einnehmen? Es fragt sich, wie können wir überhaupt die Handelsvertragspolitik weiter fortsetzen? Infolge der Meistbegünstigung müssen wir jede Ermäßigung, die wir einem Lande bieten, das uns Gegenleistungen macht, jedem anderen Lande, z. B. Amerika zugestehen. Haben denn die deutschen Arbeiter ein so großes Interesse an der Handelspolitik? Viele sagen Ja, denn wir brauchen die amerikanischen Waaren, die so billig sind. Ich bin nicht der Meinung. Die Amerikaner legen einen so hohen Zoll auf unsere Waaren, daß unsere Fabrikanten sehr billig liefern müssen, um überhaupt noch konkurriren zu können. Die Fabrikanten tragen die Differenz nicht, sie drücken die Löhne. Die Arbeiter sollten sich nicht immer blos auf den Konsumentenstandpunkt stellen, sondern auch auf den Produzentenstandpunkt. Deutschland wirft Millionen in die amerikanische Zollkasse. Wenn ich eins nicht verstehe, so ist dies, daß wir Amerika nicht schon ordentlich die Zähne gezeigt haben. Amerika muß sich entgegenkommender zeigen, denn Deutschland ist ein guter Markt für Amerika. Man beschwört das Gespenst des Zollkriegs. Ich glaube nicht daran. Aber wenn es Amerika auch zum Zollkrieg kommen lassen sollte, so fürchte ich ihn auch nicht so sehr. Hätten wir denn einen russischen Handelsvertrag ohne den vorhergegangenen Zollkrieg? Auch Amerika würde sich bei einem Zollkrieg am meisten ins eigene Fleisch schneiden. Vom Standpunkt der Arbeiter können wir es also ganz gut rechtfertigen, daß die Meistbegünstigung zunächst einmal aufgehoben wird. Geschieht das nicht, so bekommen wir einen autonomen Zolltarif mit Positionen, die ganz ungeheuerlich hoch sind. Graf Kanitz und Dr. Lieber haben diese Perspektive schon gezeichnet. Selbst Genosse Kautsky sagt, die Schutzzollpolitik hat eine große Unterstützung gefunden durch die Entwickelung der Industrie Amerikas. Amerika ist mit den höchsten Löhnen am meisten konkurrenzfähig geworden. Deutschland hat trotz der Schutzpolitik es nicht verstanden, sich konkurrenzfähig gegen Amerika zu erhalten. Amerika zahlt die höchsten Löhne und erdrückt uns doch. Bei uns muß man die Industrielöhne tief halten, um überhaupt exportiren zu können. Da können wir nicht am Manchesterstandpunkt festhalten und uns vom Schwachen todtschlagen lassen. Wir müssen

nicht mit den Liberalen gehen, wir müssen die Führung im Kampfe für unsere Produktion übernehmen. Bezeichnend ist, daß selbst die „Frankfurter Zeitung" in ihrer letzten Nummer das Meistbegünstigungsverhältniß mit Amerika als ein Malheur betrachtet. Aber sie meint, es ließe sich nicht machen. Nun, ich denke, man solle es einmal versuchen. Ich bin auch für billige Lebensmittel. Aber noch wichtiger sind hohe Löhne. Bezieht der Arbeiter hohe Löhne, kann er auch etwas mehr für seinen Unterhalt ausgeben. Der Deutsche hat immer geknausert und gespart, er nehme sich ein Beispiel an den Amerikanern. Die suchen viel zu verdienen und geben dann auch viel aus. (Vereinzelte Zustimmung.)

Rosa Luxemburg beantragt folgendes Amendement zur Resolution Calwer:

1. Hinter A) 3. folgenden Punkt zu setzen:

„4. für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel von den Seehäfen und den Grenzstationen ins Innere des Landes."

2. dem Punkt B) 1. folgende Fassung zu geben:

„Für Ablehnung aller Zölle und Zollerhöhungen, besonders auf Lebensmittel u. s. w."

3. Hinter B) 3. folgenden Zusatz zu machen:

„4. für das Prinzip der „offenen Thür" und gegen das der „Interessensphären" in Bezug auf China und alle außereuropäischen Gebiete."

Stolle-Gesau spricht sich scharf gegen die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich aus. Es werde dadurch nur ein Machtmittel mehr bekommen zur Verwirklichung der Welt- und Raubpolitik.

Rosa Luxemburg: Die Ausführungen Calwers stehen in schroffem Widerspruch zu den offiziellen Anschauungen der Partei. Er hat auch gegen seine eigene Resolution gesprochen. Er versteht offenbar das Thema nicht, das er behandelt. (Oh! oh!) Das Aufgeben der Meistbegünstigungsklausel bedeutet nackte Schutzzollpolitik. Der Standpunkt des Referenten ist einfach der Standpunkt des Grafen Kanitz. Zudem hat er in dem, was er Thatsachen nennt, eine unerhörte wissenschaftliche Leichtfertigkeit bewiesen. Seine Grundanschauung ist national. Wir aber haben nicht die Interessen der deutschen Arbeiterklasse allein wahrzunehmen, sondern die der Arbeiter aller Länder.

Rosenow-Berlin: Das Schutzzollsystem hat der deutschen Arbeiterschaft tiefe Wunden geschlagen. An der künftigen Handelsvertragspolitik haben die Arbeiter das größte Interesse, denn sie bestimmt die Arbeitsbedingungen wesentlich mit. Die Gewerkschaften sollten sich mehr mit der ganzen Frage beschäftigen. Die Arbeiter haben die Pflicht, eine Lebensmittelvertheuerung hintanzuhalten. Diese ist aber von der Koalition unserer Hochschutzzöllner in der Industrie und der Agrarier zu erwarten.

Ledebour-Dresden: Ich war durch die Entwickelung des Referates unseres Genossen Calwer überrascht. Er hat dem Zollkrieg mit Amerika das Wort geredet und will den Petroleumzoll erhöhen, um die Amerikaner zu schädigen. Für mich ist es ganz gleich, ob das Getreide oder das Petroleum theurer wird. Brod wie Petroleum braucht der ärmste Mann. Mit dem Petroleum ist ein Zollkrieg mit Amerika nicht zu beendigen, da muß Getreide und Fleisch nachfolgen. Im konservativen und ultramontanen Lager wird man über diese Stimme aus der Sozialdemokratie jubeln. Mit dem Zähnezeigen ist nicht viel gethan. Die Engländer glaubten, wenn sie den Buren ein klein Bischen die Zähne zeigen würden, würden diese ins Mausloch kriechen. Die Engländer haben schließlich doch noch gesiegt. Bei einem Zollkrieg mit Amerika wären die Amerikaner in viel besserer Position wie wir. Beide Nationen werden geschädigt, wir, die wir ein Industrievolk sind, das Naturalien importiren muß, doppelt. Die Resolution Calwer können wir nur annehmen, wenn alle schutzzöllnerischen Zweideutigkeiten aus ihr herauskommen. Nach ihrer Begründung kann ich sie überhaupt nicht annehmen.

v. Vollmar: Ueber Motive wird nicht abgestimmt. Man braucht mit dem Referate nicht in allen Punkten einverstanden zu sein und kann doch für die Resolution stimmen. Man soll doch nicht mit Redensarten operiren. Daß ein Sozialdemokrat Freihändler sein muß, ist schon vor 20 Jahren abgethan. (Luxemburg: Und in Stuttgart wieder eingeführt!) Ist mir nicht maßgebend. (Luxemburg: Haben es selbst unterschrieben). Na, man kann Gegner der Schutzzölle sein und braucht doch nicht alle Dinge der Freihändler mitzumachen. (Luxemburg: Nicht alle! Redner, zu ihr gewandt: Schweigen Sie, reden Sie nachher!) Was nun meinen Antrag anlangt, so bin ich nicht Gegner der Wasserstraße, es liegt nur kein Grund vor, in der Resolution den Mittellandkanal als typisch herauszugreifen. Wichtiger ist unser zweites Amendement, das sich gegen Reichseisenbahnen ausspricht. Eine akademische Frage ist das nicht, sie ist eminent praktisch. Reichseisenbahnen würden heute preußische Eisenbahnen und damit eine wesentliche Verschlechterung bedeuten. Hessen ist ein klassisches Beispiel dafür, es ist durch seine eisenbahnliche Verbindung mit Preußen wirthschaftlich ganz unselbstständig geworden. Wir Süddeutschen nehmen jede Verbesserung vom Reich, haben es aber satt, die ewigen Verschlechterungen zu übernehmen. Den grundsätzlichen Theil der Resolution bitte ich Sie anzunehmen, die Spezialisirung nach unserem Antrage.

Molkenbuhr-Hamburg: Es ist der einzige Ausweg, das preußische Eisenbahnsystem zu verbessern, wenn wir Reichseisenbahnen schaffen. In dieser Beziehung bin ich mit Calwer einverstanden; seinen Ausführungen über die Handelspolitik muß ich energisch widersprechen. Aus unserem Zähnezeigen macht sich Amerika nichts. Unser Schweine-Einfuhrverbot ist mit der Mac Kinley-Bill beantwortet worden. Wenn wir das Verhältniß zu Amerika verschärfen wollen, müssen wir Calwer'sche Wege wandeln. Die Löhne sind in England theilweise höher, als in Amerika. Wer in Amerika gelebt hat, weiß, daß gerade die Hochschutzzöllner dazu benutzt werden, die amerikanischen Arbeiter als Konsumenten auszubeuten, während sie als Produzenten nichts gewinnen. Die Schutzzölle bewirken fast durchweg die Ausplünderung einheimischer Konsumenten. Die Näherinnen müssen für dieselbe Rolle Garn in Amerika 20 Pf. bezahlen, wofür wir hier nur 10 Pf. zahlen. Wenn wir schon mit den Kanitzen marschiren, dann müssen wir auch gleich die Verstaatlichung des Grund und Bodens fordern. Höheren Waarenpreisen werden höhere Löhne nicht folgen. In Amerika entstand nach der Mac Kinley-Bill eine Krisis. In England mit seinem Freihandel und gutem Koalitionsrecht sind auch gute Löhne. Nehmen wir uns in dieser Beziehung an England ein Vorbild.

Harris-Himbach unterstützt die Ausführungen Calwers. Man solle und müsse auch die Interessen der kleinen Bauern berücksichtigen und sich vor einer Aufrollung der Agrarfrage nicht scheuen.

Rosa Luxemburg: Wir müssen das Referat Calwers als seine Privatmeinung ansehen und können die Resolution, die auf richtigem Standpunkt steht, annehmen. Seit Stuttgart haben sich die Verhältnisse nicht geändert, halten wir also an der Stuttgarter Freihandelsresolution fest. In Deutschland sind die grundlegenden Industriezweige für den freien Handelsverkehr reif. Unsere Richtschnur ist die gänzliche Beseitigung der Schutzzölle, sie bedeutet den kulturellen Fortschritt.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Vierter Verhandlungstag.
(Vormittags-Sitzung).

Singer eröffnet die Sitzung.

Zunächst wird beschlossen, das Protokoll der Frauenkonferenz dem diesjährigen Parteitagsprotokoll einzuverleiben.

Stubbe-Hamburg referirt im Namen der Beschwerdekommission. Es wurden von ihr zwei Fälle behandelt. Dem einen lag ein Streit der Bauter Parteigenossen zu Grunde. Dieser Streit war die Folge des Zwistes unter den Buchdruckern über die Frage der Tarifgemeinschaft. Im „Correspondent" waren Angriffe auf die Bauter Parteigenossen enthalten und einige Buchdrucker, die die Urheber dieser Angriffe sein sollten, wurden als nicht mehr würdig befunden, Aemter in der Partei zu bekleiden. Die Kommission schlägt vor, diese Buchdrucker in ihre alten Rechte wieder einzusetzen, den Bauter Parteigenossen aber zu empfehlen, sich eines würdigeren Tones in ihren Polemiken zu befleißigen. Der Parteitag beschließt dem Antrage der Kommission gemäß. Eine zweite Beschwerde lag aus Neustadt a. d. Hardt vor. Ihr Inhalt ist so unklar, daß die Kommission Uebergang zur Tagesordnung empfiehlt. Auch hier beschließt der Parteitag im Sinne der Kommission.

Die Diskussion über die Verkehrs- und Handelspolitik wird fortgesetzt.

Dr. David-Mainz: Die Reichs-Eisenbahngemeinschaft, d. h. daß die Eisenbahnen in's Eigenthum des Reiches überführt werden, ist vorläufig nicht zu verwirklichen. Diese Frage ist eine rein akademische. Dagegen ist eine Reichs-Eisenbahngemeinschaft, bei welcher das Eigenthum den einzelnen Ländern verbleibt, die Verwaltung aber preußisch zentralisirt wird, bald verwirklicht. Sie liegt im Plan Miquels und diese Frage ist daher sehr aktuell. Wir Süddeutschen wollen aber davon nichts wissen, denn wir Kleinen gerathen gegenüber dem großen Preußen in Nachtheil. Deshalb reden wir einer süddeutschen Reichs-Eisenbahngesellschaft das Wort. Die ganze Tarifreform in Süddeutschland wäre unmöglich, wenn die Verwaltung in Berlin zentralisirt wäre. Wir können deshalb nicht zu dem Passus in der Resolution Calwer stimmen. Wir müssen vorläufig den Reichseisenbahngedanken aufgeben. Nun zur Zollpolitik. Ich kann das Calwer'sche Referat nicht so verurtheilen wie etwa Genossin Luxemburg. Solche Fragen sind nicht so apodiktisch zu entscheiden. Prinzipiell, sagt Genossin Luxemburg, muß der Sozialismus freihändlerisch sein. Selbst dieses Prinzip als richtig angenommen, können Verhältnisse eintreten, wo man Schutzzölle für angemessen halten kann. Ich meine, der Gedanke, Amerika als Sonderland zu betrachten, ist durchaus nicht falsch. Man kann wohl für Niederreißung der Zollschranken in Europa sein, und doch Amerika gegenüber einen andern Standpunkt einnehmen.

Bebel: Gegen einzelne Wendungen des Calwer'schen Referats gegenüber Amerika müssen wir den schärfsten Protest einlegen. Die agrarische Presse wird jubeln, ihre Mühlen hat Calwer gestern gedreht. Wenn wir Calwer'sche Wege gehen wollten, würden wir die Gegensätze zwischen den einzelnen Nationen nur verschärfen, also gegen unser Prinzip handeln. Ich stimme der Calwer'schen Resolution zu, eigne mir aber nicht seine Motivirung an. Ich habe mich aber zum Wort gemeldet, um mich gegen den Antrag Vollmar zu wenden. Wir müssen für Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich sein, es ist nicht richtig, daß damit die Verwaltung verpreußt wird. Sind die Eisenbahnen auf das Reich übernommen, so hat der Reichstag das Recht, die deutsche Verkehrspolitik zu bestimmen. Jetzt steht die Verkehrspolitik unter dem Einfluß des preußischen Junkerthums. Im Reichstag kann das Junkerthum aber niemals so dominiren, wie in Preußen. Jetzt gehen Waaren von Görlitz nach München nicht quer durch Sachsen, sondern mit einem großen Umweg über Berlin und Thüringen auf doppelt so langer Strecke. Solche Zustände sind nicht haltbar, deßhalb müssen wir Reichseisenbahnen anstreben. Diesen Satz bitte ich Sie also in der Resolution nicht zu streichen. Dagegen bin ich einverstanden mit der Streichung der ausdrücklichen Nennung des Mittellandkanals.

v. Vollmar: Der Gedanke, daß Reichseisenbahnen nicht preußische Eisenbahnen sein würden, ist reine Ideologie. Theoreme trüben den Blick für die Wirklichkeit. Calwer will die Verkehrs-Zentralisation, Bebel sogar die politische Zentralisation. Wir Süddeutschen stehen auf anderem Standpunkt, wir wollen nicht die preußisch-deutsche Reichsgewalt noch weiter stärken, sondern jedes Mittel benutzen, sie zu schwächen. Bebel singt das Lob des deutschen Reichstages, als ob wir dort bereits das Heft in Händen hätten, was doch noch keineswegs der Fall ist. Für die Gehälter der Beamten hat der Reichstag Manches gethan, gegen die russische oder türkische Behandlung der Beamten, wie sie jetzt besonders bei der Post besteht, haben wir noch nichts thun können. Hilfe für bessere Zustände liegt allein in einer süddeutschen Reichseisenbahn-Gemeinschaft. Ich wünschte, sie wäre schon Thatsache geworden. Zentralisirte Verwaltung ist gewiß das Ideal. Aber man kann sie nicht um jeden Preis wollen. Reichseisenbahnen, wie wir sie gutheißen könnten, sind in weiter Ferne. Das ist vorläufig noch eine Doktorfrage. Die Annahme des Passus über die Reichseisenbahnen würde nur ein Schlag in's Wasser sein.

Dr. David-Mainz: Unser letztes handelspolitisches Maxim war nur aufgebaut auf dem Konsumenten-Interesse, nicht auf dem Produzenten-Interesse. Wenn wir die Parole anerkennen: höhere Löhne, so stellen wir uns auch auf den agrarischen Standpunkt: höhere Preise. Ich halte es für eine historische Unmöglichkeit, die nationale Sammelpolitik zu unterstützen. Deshalb kann ich dem Referat Calwers nicht zustimmen. Bebel erwidere ich, wenn man Fortschritte in der Verkehrspolitik haben will, kann man dem Passus über die Reichseisenbahnen nicht zustimmen. Hindern Sie die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft nicht. Vielleicht läßt sich über diese zu einer Reichseisenbahngemeinschaft in unserem Sinne kommen.

Bebel: England hat mit Freihandel hohe Löhne, Rußland mit Schutzzöllen niedrige Löhne. Auf die Ursachen will ich aber nicht eingehen, sondern nur die Reichseisenbahnenfrage behandeln. Die Frage ist durchaus nicht blos theoretisch, wenn unsere Theorie auch den Weg der Reichseisenbahnen weist. Es liegen schon praktische Ansätze vor. In Württemberg und Baden soll man einer Verbindung mit Preußen nicht so abgeneigt sein. Nur Bayern verhält sich gänzlich ablehnend. Vollmar sagt, wir können nicht Preußen stärken. Ich sage ganz offen, ich habe es lieber mit Einem als mit 22 zu thun. Kann ich die 22 wegbringen, ich thue es mit großem Vergnügen. (Heiterkeit.) Wir haben im Reichstage eine nicht zu unterschätzende Macht und können dort viel für den Gedanken der Zentralisation der Verkehrspolitik wirken.

Ulrich-Offenbach: Wir Hessen haben in der Eisenbahnfrage das Versuchskaninchen abgegeben und bedauern diese Rolle außerordentlich. Wir sind eisenbahnlich nicht nur die Vasallen, sondern die Knechte Preußens geworden. Wir können jetzt nicht die kleinste Nebenbahn ohne die Zustimmung von Preußen bauen.

Hug-Bant weist daraufhin, daß die Arbeiter in dem wirthschaftlichen Ausschuß nicht vertreten sind. Jedes kleine Unternehmerverbändchen ist zugezogen worden, die Arbeiter sind gänzlich übergangen worden. Dagegen muß ganz energisch auch von dieser Stelle protestirt werden. Die Arbeiter haben sich eine ansehnliche Macht erobert. Die Gewerkschaftsbewegung hat gute Fortschritte gemacht, die Metallarbeiterzeitung hat heute ihren 100 000 Abonnenten erreicht. (Bravo.) Das ist ein bedeutsames Ereigniß, dessen wir hier gedenken müssen.

Adolf Sek-Offenburg erklärt sich für die Calwer'sche Resolution in vollstem Umfange. Wir haben nichts gegen Reichseisenbahnen. Die Lage der Bahnangestellten ist im Musterländle Baden noch schlechter als in Preußen. Eine Konzentration des Betriebes kann da nur Vortheil bringen. In Baden bestehen geheime Listen und die Leute werden entlassen, ohne daß sie erfahren, warum. Wir haben keine Veranlassung, uns für den gegenwärtigen Zustand zu erwärmen.

Molkenbuhr-Hamburg: Niemand hat den Versuch gemacht, zu beweisen, daß die jetzigen schlimmen preußischen Zustände nicht zum Reichseisenbahnsystem führen. Die Schutzzollpolitik bringt eine Vertheuerung der Lebenshaltung, aber keine höheren Löhne.

Lenkert-Apolda wendet sich gegen die Calwer'sche Ausführung. Die Meistbegünstigung kann Amerika nicht verweigert werden. Durch die Mac Kinley-Bill ist der thüringischen Textilindustrie sehr geschadet worden. Die Mac Kinley-Bill war aber nur die Antwort auf unsere deutsche Hochschutzzollpolitik. Also haben wir den Rückgang unserer Textilindustrie nur unserer Schutzzollpolitik zu danken.

Dr. Schönlank-Leipzig: Die Frage der Eisenbahnzentralisation ist auf lange Zeit eine theoretische und akademische. Bebel steht auf zentralistischem, Vollmar auf föderalistischem Boden. Reichseisenbahnen können wir nur in einem demokratischen Deutschland wünschen. Um solche ungelegte Eier brauchen wir uns heute nicht zu kümmern. Den Gedanken der Verstaatlichung der Betriebe soll man gerade heute nicht weiter propagiren. Wenn jetzt etwas vom Reich übernommen wird, haben immer einzelne Landestheile die Nachtheile. Bei der Reichsmilitärstrafprozeßordnung hat Bayern eine ganze Anzahl guter Bestimmungen drangeben müssen. Ich bitte also, den Passus über die Reichseisenbahnen zu streichen.

Die Diskussion schließt hiermit.

Calwer erhält das Schlußwort: Es ist nicht viel Uebereinstimmung zu meinem Referat geäußert worden. Aber ich muß sagen, man ist dem eigentlichen Kern der Frage doch aus dem Wege gegangen. Den Kern der Frage sehe ich darin, daß wir bei der starken Schutzzollströmung Gefahr laufen, durch gänzlich ablehnende Stellung zu höheren Schutzzöllen zu gelangen, als wenn wir theilweise für Schutzzölle eintreten. Aus dieser Auffassung heraus bin ich gegen die Meistbegünstigung gegenüber Amerika aufgetreten. Genossin Luxemburg hat sich ganz besonders gegen diese meine Auffassung gewandt. Ich will ihr nicht in ihrer Art antworten. Erstens ist sie eine Dame, dann verbietet mir meine Bildung überhaupt, einen derartigen Ton anzuschlagen (Sehr gut.) Ich will ihr also rein sachlich antworten. Sie steht doch auf dem Standpunkt Karl Kautsky's. Dieser aber hat erst jüngst in der „Neuen Zeit" ausgeführt, daß in den letzten zwei Jahren doch zwei Momente aufgetreten sind, die die schutzzöllnerische Strömung zu unterstützen geeignet sind: die amerikanische Konkurrenz und der Niedergang der Konjunktur. Ich habe die Frage gestellt, ob es nicht besser ist, in Europa die Schutzzollmauern möglichst niederzureißen, uns gegen Amerika abzuschließen und das scheint mir noch jetzt sehr erwägenswerth. Bebel sagt, die Agrarier werden darüber jubeln. Zu solchem Jubel ist kein Anlaß, denn betreten wir den von mir vorgeschlagenen Weg, so machen wir ihren Ruf nach einem hohen autonomen Zolltarif sofort zu nichten. Genossin Luxemburg führte unser Prinzip der Internationalität ins Feld. Dieses Prinzip ist gewiß sehr schön. Wenn aber eine Nation wie Amerika nur auf Kosten der andern Nationen leben will, so schadet es nicht, wenn man diese Nation zu einem internationalen Ausgleich zwingt. Ledebour hat vor dem Zollkrieg so graulich gemacht. Ich bin der letzte, der den Schaden eines Zollkriegs leugnen wollte, aber ich glaube nicht an den Zollkrieg. Er ist schneller an die Wand gemalt, als durchgeführt. Amerika ist auch auf uns angewiesen. Wir können ihm die Zähne zeigen. Je länger wir damit warten, desto mehr wächst es uns über den Kopf. Wir sind Amerika gegenüber im Zustand der Abwehr. Wenn wir die Meistbegünstigung aufheben, so ist das eine Repressivmaßregel, aber kein Angriff.

Man hat vielfach gesagt, meine Resolution stehe in schroffem Widerspruch zu meinem Referat. (Zuruf: Sehr richtig!) So ganz ist das nicht richtig. Ich habe an die Spitze meiner Resolution die Fortführung der Handelsvertragspolitik gesetzt. Nun sage ich, wenn wir die Meistbegünstigung gegen Amerika fallen lassen, haben wir die Aussicht, zu neuen Handelsverträgen zu kommen, lassen wir die Meistbegünstigung nicht fallen, dann laufen wir Gefahr, statt der Handelsverträge einen hohen autonomen Tarif zu bekommen, und diese Möglichkeit will ich vermeiden.

Von den Anträgen Vollmar will ich den einen, der die besondere Nennung des Mittellandkanals verwirft, annehmen. Die Streichung der Reichseisenbahnen kann ich nicht acceptiren. Ich kann mir die Entwicklung nicht anders denken. Die Anträge Luxemburg bitte ich abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Calwer mit dem Zusatze von Rosa Luxemburg und des Antrags Vollmar auf Streichung der besonderen Nennung des Mittellandkanals angenommen. Der Antrag Vollmar auf Streichung des Passus über die Reichseisenbahnen wird abgelehnt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die gothaischen Landtagswahlen, deren Endergebniß noch nicht vorliegt, schließen auf jeden Fall mit einem großartigen Erfolge unserer Partei ab, die gegen das Kartell aller Parteien zu kämpfen hatte. Nach den letzten Meldungen ist auch der Kreis Ruhla erobert, und dem „Vorwärts" wird telegraphirt, daß wir von 19 Mandaten 9 besitzen. Für die Weltpolitik eben keine besonders gute Zensur.

Zwei Seelen in einer Brust. Während der Nationalliberalismus, vorzüglich der in den Seestädten, wie Lübeck, gegen die Getreidezollpolitik und für dementsprechende Handelsverträge stimmt, hat sich in der General-Versammlung der landwirthschaftlichen Provinzialvereine des Großherzogthums Hessen der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Bensheim-Erbach, Geheimrath Haas, für die Verdoppelung der Getreidezölle mit einer Energie ausgesprochen, die den waschechtesten Agrarier famos kleiden würde. „Die Bauern, fuhr er fort, können alles erreichen, wenn sie nur zusammenhalten und ihren eigenen Vortheil in den Vordergrund rücken. Die anderen — Großhandel, Großindustrie, Großkapital — nehmen auch keine Rücksicht auf die Bauern, also helft einmal zusammen zum Wohle Eures Standes und des Vaterlandes! Bedenkt, es handelt sich diesmal um Euer Sein und Nichtsein! Es giebt nichts mehr für Euch als den rücksichtslosen Kampf um Euer Dasein und Euer Recht, Eure Einigkeit ist eine Macht, die die Regierung respektiren muß." — Die nationalliberale Presse weiß sich über solche fatale Dinge leicht hinwegzusetzen; sie berichtet einfach von „Spaltungen" und „tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten" in der — Sozialdemokratie.

Vermehrte Arbeitsgelegenheit, so predigten die Flottenapostel denen, die es glauben wollten, würde die Flottenvermehrung für die deutschen Proletarier bringen. Die in fast allen Gegenden Deutschlands z. Zt. grassirende Arbeitslosigkeit liefert dafür gerade keinen Beweis, und der Umstand, daß sich gegenwärtig allein für Hamburger Rechnung 22 Ozeandampfer auf englischen Werften im Bau befinden, beweist lediglich, daß durch die impulsive Manier, Kriegsschiffe bauen zu lassen, ein ganz Theil regulärer Arbeit aus Deutschland hinausgetrieben ist.

Die Beweisführung der Flottomanen ist äußerst wurmstichig.

Bürgerliche Götterdämmerung. Der Mitbegründer des „Goethe-Bunds", Professor Th. Mommsen, schrieb vor einiger Zeit an der Herausgeber der „Neuen Hamb. Ztg.", als die Hamburger Zweigvereinigung des Bunds sich öffentlich dagegen verwahrte, als ob der Goethe-Bund Politik treiben wolle: Meine Ueberzeugung ist, daß der Goethe-Bund nicht mehr vorhanden ist. — — — Aber es ist auch nicht zu ändern, daß die Deutschen keinen Bürgersinn haben, daß sie sich bereitwilligst regieren lassen, auch auf Verlangen steuern und heuern, daß ihnen aber der Militarismus und die Bismarckerei die Selbstbestimmung gründlich ausgetrieben haben. Allerdings reagieren sie noch am ersten auf dem formell unpolitischen Gebiet des freien Geisteslebens, und Goethe, der Befreiter, hat bessere Chancen, als Männer wie Twesten haben würden, auch wenn wir sie hätten; eben wie im 16. Jahrhundert Luther Erfolg hatte und Hutten nicht." Entsagungsvoll bemerkt dazu die „Voss. Ztg.", ein führendes Blatt des liberalen Bürgerthums: „Die Wahrnehmung, der Mommsen Ausdruck giebt, haben auch andere liberale Männer gemacht. Daß ein Bund oder Verein nicht Wandel schaffen kann, ist begreiflich. Die Ereignisse haben zu immer größerer Macht der Konservativen geführt, das Centrum zur „regierenden Partei" gemacht, das liberale Bürgerthum immer mehr entkräftet und es, von Ausnahmefällen abgesehen, mit der hoffnungslosen Ueberzeugung erfüllt, daß heutzutage doch alle Mühe verloren sei. Und das **natürliche Gegenstück** zu diesem Bilde ist das **stetige, ungeheure Wachsthum der Sozialdemokratie.**" Wir haben nichts hinzuzufügen.

Weihnachtsreden sind nach dem Berichte einer Berliner Korrespondenz an die zur Reserve entlassenen Mannschaften gehalten worden. Es heißt in der fraglichen Notiz: „Die Entsendung neuer Truppen nach China ist bekanntlich in unendlich viel Variationen angekündigt und abgesprochen worden. Daß aber in der That etwas in der Luft liegt, hat die Entlassung der Reserven ergeben. Vor der Abreise der ausgedienten Leute in die Heimath, gewöhnlich nach dem Anerkennen der Stammrolle, versammeln die Chefs die Leute noch einmal um sich, um sie zur Treue gegen Kaiser und Reich auch im Zivilverhältniß zu ermahnen. Bei den diesjährigen Abschiedsreden bildete der Chinakrieg ein Hauptmoment. Die Chefs wiesen auf die kriegerischen Verwickelungen hin und forderten die Leute auf, bei ihrer Rückkehr in die Heimath dahin zu wirken, daß die Abgeordneten, welche von der Chinapolitik nichts wissen wollten, von dem guten Wollen des Kaisers überzeugt würden und den Forderungen der Regierung zustimmten. „Leute", hieß es in einer solchen Rede, „unsere Brüder und Kameraden sind draußen im Felde. Ich kann Euch versichern, daß noch Nachschübe für China nöthig und geplant sind. Ergeht an Euch der Ruf zur Bildung eines Freiwilligen-Heeres, so stellt Euch Alle, Mann für Mann, Eurem Kaiser, Eurem Vaterlande, um hinauszuziehen und einzustehen für das Recht und die Ehre des Deutschen Reiches. . . ." Verschiedentlich sind solche Leute, welche sich zu den entsandten Expeditionen gemeldet hatten, aber wegen des Ueberangebots zurückgestellt werden mußten, gefragt worden, ob sie ihre Meldung auch für fernerhin aufrecht erhalten. Die Antworten lauteten im Allgemeinen bejahend. Viele machten dies jedoch von den Verhältnissen in der Heimath abhängig." Vielleicht thun sich ein paar Reservisten aus Schievelbein, Neutomischel und Putzig zusammen und gründen eine „Fortbildungsschule für im Chinathum zurückgebliebene Reichsboten." Professoren der Hunnologie werden sich für das Institut schon finden aus der Zahl der in den letzten Jahren durch die Rubrik „Schutz gegen Schutzleute" bekannt gewordenen Menschenklasse.

Kleine politische Nachrichten. Die freisinnige Volkspartei hält vom 19—22. Oktober in Görlitz ihren allgemeinen, die süddeutsche Volkspartei am Sonntag in Schwäbisch-Hall einen fränkischen Parteitag ab. — Auch die Holzzölle sollen erhöht werden. In der Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins zu Wiesbaden trat Prof. Dr. Endres-München dafür ein, daß zwar nicht die Zölle auf Rohnutzholz, wohl aber die Zölle auf Schnittwaare erhöht werden, und zwar bis auf 1,20 Mark für den Doppelcentner oder 6 Mark für das Kubikmeter Nadelholz. Auch der Zoll auf beschlagenes Holz sei auf 1 Mark für den Doppelcentner zu erhöhen. — Eine von 70 westindischen Plantagenbesitzern unterschriebene Adresse, worin die dänische Regierung aufgefordert wird, die westindischen Inseln an Amerika zu verkaufen, wurde dem dänischen Könige durch eine Deputation überreicht. — Dem Blatte „Petit Gon" zufolge zog die französische Regierung das Verbot des internationalen revolutionären Arbeiterkongresses zurück. — Das niederländische Budget weist für 1901 ein Defizit von 5¼ Mill. Gulden auf, von denen 3½ Millionen auf die öffentlichen Arbeiten entfallen. Das Defizit im vorhergehenden Jahre einschließlich 1899 betrug 9 Millionen. — Der stellvertretende Gouverneur von Finland untersagte das Erscheinen der Wiborger Zeitung „Wiipuriin Sanomat" auf 2 Monate. Das Helsingforser Blatt „Uusi" erhielt die vierte Verwarnung. — Die „Vossische Zeitung" meldet aus Bukarest: Die Kammern treten am 8. Oktober zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Gleichzeitig erfährt sie, daß Verhandlungen schweben zwischen der Diskonto-Gesellschaft im Verein mit einer ausländischen Gruppe und der rumänischen Regierung über ein Vorschußgeschäft von 10 Millionen Lei durch Verpfändung von Aktien der rumänischen Nationalbank. Man erwartet den Abschluß in den nächsten Tagen.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze wird gemeldet, daß von 3000 Buren, die sich von Komatipoort zurückgezogen haben, 700 die portugiesische Grenze überschritten; „die übrigen zerstreuten sich, nachdem sie die schweren Geschütze und Feldgeschütze zerstört hatten. Von dem Burenheer ist nichts mehr übrig geblieben als einige marodirende Banden." Die Nachricht riecht englisch. Dagegen verlautet gerüchtweise aus Spitzkop, Kommandant Viljoen habe Hectorspruit verlassen und begebe sich mit 3000 Mann und 30 Geschützen nach dem Norden. Er gedenke sich später mit den Truppen Dewet's im Westen zu vereinigen und den Krieg fortzusetzen. Das Gefecht an der portugiesischen Grenze soll ein Scharmützel zwischen Buren und Kaffern gewesen sein. Die portugiesischen Behörden verbieten den Burenflüchtlingen, nach Transvaal zurückzukehren. Sie setzten ein Komitee ein, das die ans Transvaal ankommenden Flüchtlinge empfangen und mit Nahrungsmitteln versehen soll. Den fremden Konsuln wurde mitgetheilt, daß man erwarte, sie würden sich der aus Transvaal ankommenden Landsleute annehmen.

Präsident Krüger soll in Lourenco Marquez bei einem Bankier Werthsachen in Höhe von 1½ Millionen Lstr. niedergelegt haben. Danach steht natürlich den Engländern der Lecker. Die englische Regierung soll, wie in London verlautet, beabsichtigen, das Depot, soweit es nicht Privateigenthum Krügers, zu beschlagnahmen. Das sieht den Hamstern ähnlich! Der holländische Kreuzer „Gelderland" geht, nachdem er in Perim Kohlen eingenommen hat, nach der Delagoabai ab, um Präsident Krüger nach Holland zu bringen. Dort will er nicht lange weilen. Die junge Königin soll ihm gerathen haben, sich in erster Linie an Frankreich zu wenden und dessen Sympathien zu Gunsten der Buren in Anspruch zu nehmen. Die Königin soll bereits in diesem Sinne auf die französische Regierung einzuwirken versucht haben. — Kindliche Einfälle eines jungen Mädchens, über die man sich mit der nöthigen Galanterie hinwegsetzen wird!

Die internationale Friedensliga protestirt gegen die letzte Proklamation von Lord Roberts, da sie eine Verletzung des Völkerrechts sei. — Ja, petitionirt, protestirt, illuminirt — 's wird Alles nichts nutzen. Etzel ist Trumpf!

China.

Der Chinawirrwarr. Der Kriegsschauplatz liefert wenig Neues. Nur eine größere Aktion ist zu melden. Am Donnerstag früh griffen die Verbündeten die Peitangforts an. Nach heftiger Kanonade wurden diese Forts sowie die Nutaiforts mit großen Verlusten eingenommen. Ueber die Zerstörung von Tiliu wird noch berichtet, daß auch die benachbarte Boxerfeste Tschinghai vernichtet werden sollte, jedoch unter der Bedingung der Freigabe von fünf Christen geschont wurde.

Allen widersprechenden Mittheilungen zum Trotz gewinnt die Vermuthung an Wahrscheinlichkeit, daß die Chinesen sich im Stillen zu energischem Widerstande rüsten. Aus Nanking hört man, daß dort die fremdenfeindliche Partei an Einfluß gewinne. Aus der Provinz Hunan sollen größere Truppenmassen nach der jetzigen Residenz der Kaiserin-Wittwe unterwegs sein. Der Tartarengeneral Schaugschau sammelt eine große Truppenmacht in der Mandschurei, um noch einen letzten Versuch des Widerstandes gegen die Russen zu machen. Die Generale Tsching und Tschang stehen mit 15 000 Mann in Schanting. Was aber am wichtigsten ist, ist die Meldung, welche über London kommt und wonach im Falle der Räumung Pekings die Boxer wieder dorthin vorzudringen beabsichtigen. Die Verbündeten müßten dann also wieder von vorne anfangen.

Die Nachricht, daß ein kaiserliches Edikt die Ausrottung der Boxer befohlen habe, darf, selbst wenn sie richtig ist, schwerlich ernst genommen werden, denn zum Ausrotten gehören ebenso wie zum Heirathen Zwei. Die Zahl der ermordeten chinesischen Christen wird von dem amerikanischen Konsul in Schanghai auf 40—50 000 geschätzt.

Waldersee, welcher morgen in Schanghai erwartet wird, soll dort mit großem Hurrah empfangen werden. Der Weizen der Scherl'schen „Woche" wird also blühen.

Die Bülow'sche Zirkularnote betr. die Bestrafung der eigentlich Schuldigen — d. h. für den unwahrscheinlichen Fall, daß man sie erwischt — füllt die ganze Presse. Sorgsam registrirt das offiziöse Wolff'sche Bureau aus aller Herren Länder die zustimmenden Preßäußerungen, fast ebenso sorgsam werden die andersklingenden unterdrückt, „im Interesse der guten Sache" natürlich. Formelle Rückäußerungen irgend einer Macht liegen zur Stunde noch nicht vor. Es erübrigt sich also, das umfangreiche Depeschenfammelsurium näher zu behandeln. Daß zwischen den Mächten auch hierin keine Einigkeit besteht, sieht ein Blinder ein. In Washington hat das Telegramm anscheinend wie ein kalter Guß gewirkt. Aus New-York wird telegraphirt: „Das Staatsdepartement ist rathlos. Staatssekretär Hay ist noch abwesend; es gehen Gerüchte von seinem Rücktritt. Der stellvertretende Sekretär Hill versuchte vergebens, die Einigkeit im Kabinett wiederherzustellen, und begab sich mißvergnügt nach Hause; doch berief ihn McKinley heute zurück. Alle Mitglieder des Kabinetts sind bis auf eines jetzt von Washington abwesend. Die „Associated Preß" meldet in einer Erörterung über die deutsche Note, man nehme immermehr an, daß, wenn die amerikanische Regierung zu einer schleunigen Entscheidung über den deutschen Vorschlag gezwungen werde, sie den Weg direkter Unterhandlungen mit China ergreifen und zu einer selbstständigen Erledigung gelangen werde." Hübsche Aussichten! Man behauptet, in Washington ist man angeblich überzeugt, daß Rußland die Räumung Pekings nur anstrebe, um als der beste Freund Chinas zu posiren und für sich die Abtretung der Mandschurei herauszudrücken. Das „B. T." erfährt, der deutsche Vorschlag zur Bestrafung der Schuldigen in China sei so formulirt, daß die Persönlichkeit der Kaiserin-Wittwe ganz aus dem Spiel gelassen werde, jedoch bestehe Deutschland darauf, die Mächte sollten die Schleifung der Küstenbefestigungen und der Jangtse-Forts zur Vorbedingung für die Friedensverhandlungen machen. Nach englischen Blättern steht fest, daß die chinesischen Unterhändler sich weigern, Friedensvorschläge anzunehmen, die eine persönliche Strafe gegen die Kaiserin enthalten. Die Vize-Könige der Mittel- und Südprovinzen würden einem solchen Vorschlage einen gewaltigen Widerstand entgegensetzen. Die Chinesen haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Kaiserin ihrer Macht und ihres Einflusses beraubt werde. Weiter aber wollen sie nicht gehen. Das ist ganz begreiflich! Was würden, um einen Fall herauszugreifen, wohl die Engländer gesagt haben, wenn die Buren, falls diese Sieger geblieben wären, verlangt hätten, die dicke Victoria oder ihr dicker Sohn sollten aufgeknüpft werden?

Auch heute ist das Resultat: Ungeheurer Wirrwarr, vergrößert durch den „meisterhaften diplomatischen Schachzug" Bülows.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 21. September.

Werftarbeiter aller Branchen, gelernte und ungelernte, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Die Aussperrung ist noch nicht beendet! Laßt Euch nicht belügen!

Der nächste Parteitag findet, wie uns ein Privattelegramm aus Mainz meldet, 1901 in Lübeck statt.

Die Hirsch-Duncker'schen Werftarbeiter in Hamburg sollten nach einer Meldung der Fabrikantenpresse („Lüb. Anz." voran) die Arbeit bereits wieder aufgenommen haben. Erfreulicherweise zeigen die Hamburger Hirsch-Duncker'schen, daß sie nicht aus arbeitswilligem Holze geschnitzt sind, wie ihre Namensgenossen an anderen Orten, denn in der gestrigen Versammlung der Ausgesperrten gab ihr Vertreter Alias die Erklärung ab, daß die von mehreren Blättern gebrachte Notiz, wonach die Mitglieder seines Vereins den Beschluß gefaßt haben sollten, die Arbeit wieder aufzunehmen, auf Unwahrheit beruhe. Die Mitglieder des Gewerkvereins hätten sich mit den anderen ausgesperrten Kollegen solidarisch erklärt, und dabei bleibe es. Ein Bravo! belohnte diese ehrliche Erklärung. Möchten sich gewisse Leute hieran ein Exempel nehmen!

Starke Ueberfüllung der Freischulen — das Lied wird seit Jahren gesungen. Text und Melodie sind immer dieselben. Jetzt hat der Staat beschlossen, die Grundstücke Langer Lohberg 24, 1—2, Eigenthum des Senators Dr. Fehling, ein fast quadratisches Stück von 2398 Quadratmeter Fläche, wovon fast 2200 Quadratmeter Gartenland, welches für 60 000 Mk. zu haben ist, zu erwerben, um dort event. ein Doppelschulhaus zu errichten.

Dem Stadttheater wird für die Winterspielzeit 1900/1 Gas statt früher 1800 Mk. jetzt bis zu 3000 Mk unentgeltlich geliefert.

Auf das Conto „Ausgaben der Bürgerschaft" sind 1132,33 Mk. nachbewilligt und auf die Reservekasse angewiesen worden.

Für das Schlachthaus und die Viehmarkthalle sind 3609,03 Mk., für die Gasanstalten 832,48 Mk. nachbewilligt worden.

In Behlendorf ist der drei Wohnungen enthaltende Arbeiterkathen des Pachthofes bekanntlich abgebrannt. Die Brandentschädigungsgelder belaufen sich auf 2020 Mk., die Kosten für den Neubau eines Vierwohnungskathens auf 13750 Mk., deren Bewilligung bei der Bürgerschaft beantragt ist. — Auf dem Pachthofe Roggenhorst soll ein Röhrentiefbrunnen zum Preise von 1500 Mk., bei der Schule in Curau ein Tiefbrunnen zum Preise von 1600 Mk. angelegt werden. Der bisherige Schulbrunnen war derart wasserarm, daß er mehrfach überhaupt versiegte, auch ist erwiesen, daß er **sein Wasser** zum Theil **aus dem** am Schul-Grundstücke vorbeiführenden **Chausseegraben** erhält!!!

Der Bebauungsplan der Vorstadt St. Jürgen soll insofern abgeändert werden, als wegen der Kanalhafenstraße Richtung und Breite der Hüxterthorallee verschoben werden müssen. Den entsprechenden Senatsantrag hat der Bürgerausschuß an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen.

Die Oberschulbehörde verlangt für nachgewiesene Mehrverwendungen 6775,60 Mark nachbewilligt. Davon entfallen auf das Katharineum allein 3237,26 Mk., auf die Gewerbeschule 2088,77 Mk., in den Rest theilen sich Realschule, Haupt-Turnhalle und Präparandenanstalt.

Bezüglich des Bahnprojektes Dassow-Schönberg verlautet, daß dieser Tage Verhandlungen **zwischen Vertretern** der beiden mecklenburgischen Regierungen stattgefunden haben, und daß das Projekt dem Landtage vorgelegt werden soll. Geschieht das, dann ist das Projekt Lübeck-Schlutup-Dassow-u. s. w. erledigt. Dann sind die klugen Lübecker wieder einmal Die gewesen, welche der Hund beißt. 's war ja nicht das erste Mal!

Krieg den Ratten! Bis auf Weiteres wird das Polizeiamt für jede eingelieferte todte Ratte eine Prämie von **10 Pfg.** bezahlen.

In das Handelsregister ist am 20. September eingetragen die Firma: „Gustav Schacht in Lübeck" und als deren Inhaber der Kaufmann Wilh. Friedr. Gustav Schacht.

= **Diebstahl.** Dem Koch des im Hafen liegenden Hamburger Dampfers „Amrum" wurde ein Hundertmarkschein gestohlen. Als Thäter wurde alsbald der Schiffsjunge ermittelt.

= **Eine Straßenlaterne** wurde gestern Nachmittag an der Untertrave von einem Bierwagen umgefahren. Man sollte bei der Schmalheit der Passage die Laternen an den Häusern anbringen.

= **Eine kleine Verkehrsstörung** entstand gestern Abend in der Beckergrube. Dort war von einem mit vollen Heringskisten beladenen Lastwagen ein Rad abgelaufen.

Stockelsdorf. Zum Gemeindevorsteher wurde Herr Bruhns mit 15 gegen 3 Stimmen, welche auf den bekannten Herrn Schoof entfielen, wiedergewählt. Wegen Raummangels kann ausführlicher Bericht erst morgen erfolgen.

Hamburg. Zur Aussperrung. In der gestern Vormittag stattgehabten öffentlichen Versammlung der Ausgesperrten wurde die Wiederaufnahme der Arbeit gemäß den von uns gestern mitgetheilten Abmachungen mit 1530 gegen 788 Stimmen beschlossen. Dagegen wurde gestern Abend in einer Werftarbeiterversammlung nach zum Theil erregter Debatte ein Antrag der Zentralkommission angenommen, der die Annullirung der Abstimmung der Morgen-Versammlung ausdrückt und fordert, daß die entscheidende Abstimmung, an der sich alle Ausgesperrten zu betheiligen haben, durch die Komitees in den Kontrollokalen vorgenommen werde. Des Weiteren wurde ein Antrag angenommen, daß sich am Freitag, Morgens 9 Uhr, sämmtliche Ausgesperrte in ihren resp. Melde

lokalen einzufinden haben. In der Versammlung der Schiffszimmerleute der Mitgliedschaften von Hamburg, Reiherstieg und Veddel wurde nach reger Debatte folgende Resolution mit 281 gegen 7 Stimmen angenommen: „Die heutige kombinirte Versammlung erblickt in der beabsichtigten Errichtung eines Arbeitsnachweises für Schiffszimmerer einen neuen Knebelungsversuch der Werftbesitzer. Nicht genug, daß der beschlossene dreijährige Kontrakt seitens der Werftbesitzer durch die Aussperrung verletzt worden ist, will man jetzt noch Einrichtungen treffen, die zur Verschlechterung unserer Lage führen. Die Versammlung lehnt deshalb die Benutzung des Arbeitsnachweises ab." Die Resolution soll den Werftarbeitern und durch diese den Werftbesitzern zugestellt werden.

Briefkasten.

F. D. Das geht Sie doch nichts an? Sie sind doch nicht verpflichtet, Tugendwächter zu spielen? Und so lange es in Ehren und Züchten bleibt, hat Niemand dreinzureden, auch die Polizei nicht.

††† Montag 8½ Uhr.

Achtung, Parteigenossen!

Alle etwaigen Beschwerden über die prinzipielle und taktische Haltung des „Lüb. Volksb." usw. sind zu richten an den Vorsitzenden der Preßkommission, Genossen **Asmus Beck**, Ziegelstraße 37 a.

Buntekuh-Kümmel

ist sehr zu empfehlen weil garantirt reiner **Korn** ohne Hefeabzug.

Fl. 60 Pfg., Liter 75 Pfg. und im Klein-Verkauf ferner in Korbflaschen à 5, 10, 15 u. 20 Liter.

Zu haben bei August Vietig, Fischergr. 43|45, Eckhaus Kupferschmiedestr. Fernsprecher 1026.

Achtung Bauarbeiter!

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntniß, daß am 20. d. Mts. das Mitglied **J. Burmeister** gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 22. d. Mts., Vormittags 10½ Uhr, vom Allgem. Gottesacker aus statt. Abmarsch vom Vereinshaus, Johannisstraße 50, präcise 10 Uhr.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Gestern Morgen endete ein sanfter Tod die schweren Leiden unserer kleinen lieben unvergeßlichen **Hertha** im zarten Alter von fast 5 Monaten Tief betrauert und schmerzlich vermißt von ihren Eltern, Schwestern und alle die ihr nahe standen.

Wilh. Zachow u. Frau geb. **Dechau.**

Unserm Genossen **Ed. Kriwinski** zu seinem Geburtstage ein drei Mal donnerndes Hoch **Ein alter Freund.**

Zu vermiethen:

Ein möblirtes Zimmer.

Friedenstraße 15, II.

Zu vermiethen ein freundliches Logis

Waisenhofstraße 19, 1. Etg.

Logis für zwei junge Leute

Glockengießerstraße 16.

Gesucht zum 1. November 1900:

1 junges Dienstmädchen.

Näheres Königstraße 14.

---

50 Ferkel hat abzugeben.

O. Niehus, Hamberge.

Zu verkaufen wegen Umzug sehr billig: 1 kl. Ladentisch m. Kassenschubl., 1 gutbr. Ladenlampe, 1 Schrank mit Glasaufsatz, Spiegel, Stühle, alt Mahagoni, und andere, 1 einf. Bett, Eckschrank, mehrere kl. Waschtische, Bilder, Winterpaletos usw.

Hinter der Burg 5—7.

Billig zu verkaufen:

1 grüner sprechender Papagei

Johannisstraße 25.

Für den Winterbedarf

Brennholz, Bohlenenden.

Th. Krause, Untertrave 60.

Gute Cigarren, 100 Stück 2,90 Mk. mittlere, Johannisstr. 17—19.

Auf dem Balle der Maurer sind stehen geblieben: 1 Herrenschirm und 1 Damenschirm. Dieselben sind im Vereinshause abzuholen.

Die Ortsverwaltung.

Bau-Plätze.

In **Stockelsdorf** am Lotzweg habe noch einige Baudlätze zu verkaufen. Event. werden auch Baugelder bewilligt **C. Kröger,** Mühlenbes. **Lüderöbdorf i. M.**

Näheres bei Herrn **C. Casten,** Dankwartsgrube 13.

---

ff. Bratenschmalz

ff. Kopffleisch

Leberwurst u. Brodwurst

Stück 10 Pfg.

empfiehlt

Heinr. Viereck, Hüxstraße.

Neuen

präpar. Honig

Pfund 45 Pfennig.

Joh. Nagel

Engelsgrube 51.

Scherm's

Reisehandbuch

für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte

— Preis 1,50 Mk. —

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Neuheiten

in Hängelampen, Tischlampen, Küchenlampen, Kronen, Ampeln und Armlampen

sind in **großer Auswahl** eingetroffen.

Mache ganz besonders auf **gute Brenner** und **billige Preise** aufmerksam.

H. Gröper, Mengstr. 18, Ecke Fünfhausen.

Neu! Elektrisch!

Norddeutsche Bierhalle

Elektrisch selbstspielendes Piano.

Ergebenst **Fr. Schultz, Johannisstr. 5.**

NB. Täglich ff. Eisbein und Sauerkraut.

Vereinshaus

Johannisstraße 50—52.

Sonntag den 23. Septbr. a. c.

3. großes Concert

ausgeführt von der Stadtkapelle.

Anfang 6 Uhr. Ende 12 Uhr.

Eintritt à Person 20 Pfg.

Schweinefleisch	Pfd.	60	Pfg.
Carbonade	„	70	„
Queenfleisch	„	50	„
Kalbfleisch	„	40	„
Kopf und Bein	„	20	„
Schmalz	„	60	„

W. Strohfeldt

Glockengießerstraße 73.

Neuen diesjähr. Honig

empfiehlt billigst

Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.

Pa. Sommerfang-Flohmheringe

per Stück 7 Pfg., empfiehlt

Reinh. Büsen

Arnimstraße 1a.

Arbeiter.

So billig wie bei jeder Konkurrenz kaufen Sie Ihren Bedarf in

Herren- u. Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Kleidungsstücken

sowie auch **Arbeiter-Fußzeug,** nur alles feste Handarbeit und aus bestem Material hergestellt **Marlesgrube 38.**

Fetten Speck 60 Pfg., mageren Speck 70 Pfg., gek. Mettwurst u. Leberwurst Pfd. 70 Pfg., Rothwurst u. Preßwurst Pfd. 50 Pfg., fr. Kopffleisch Pfd. 30 Pf., Kabeljau (gek. und grr.) Pfd. 40 Pfg., frische Brodwurst à 10 Pfg., ff. Aufschnitt.

H. Labrtz, Böttcherstraße 16.

Margarine

aus den Fabriken von **Jurgens & Prinzen**

per Pfd. 60 u. 70 Pfg.

empfiehlt

Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.

Frisches Kopffleisch

und

Brodwurst

auch **Bratenschmalz**

à Pfd. 40 Pfg.

empfiehlt **Aug. Scheere**

Thüringer Wurstfabrik.

Crummesser Doppel-Kümmel

per Flasche 60 Pfg.

Kornkümmel

per Flasche 50 Pfg.

sowie sämmtliche anderen

Spirituosen und Weine

empfiehlt in Originalflaschen

Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a

Prima frische Flohmen

per Pfd. 65 Pfg.

W. C. Köpke

Klingenberg 4.

Prima Salzgurken

per Stück 5, 6 und 8 Pfg.,

empfiehlt

Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.

Sämmtliche Colonial-Waaren in bester Qualität äußerst billig, gebr. Caffee von 80 Pfg. pr. Pfund an, Margarine, stets frisch, Pfd. 50, 60, 70 Pfg., frische Eier, 10 Stück 60 Pfg., hochf. Käse, Pfd. 30, 40, 80 Pfg., Spirituosen, Weine, Tabak und Cigarren in großer Auswahl, dauerhafte Preetzer, Segeberger, Barmstedter u. sonstige Schuhwaaren, starkes Kinder- u. Damen-Fußzeug, Korkpantoffeln, Filzpantoffeln, starke u. preiswerthe Arbeits-Garderoben, Anzüge, Hosen, Westen, wollene Unterzeuge, Wollgarne, Hemde, Hüte, Mützen u. sämmtl. sonstigen Artikeln

empfiehlt

Rud. Kracht, Ratzeburger Allee 40.

Fahrrad-Reparaturen

aller Systeme.

Dreherei, Erneuerungen, Umänderungen, Einlöten neuer Rahmenrohre, Vernickelungen und Emaillirungen werden prompt und billigst gefertigt in der

Fahrradbau- u. Reparatur-Werkstatt

H. A. Hill, Johannisstr. 9.

Laternen 1,50 Mk., Laufmäntel 8 Mk., Schläuche, prima, 6, Sättel 3,50 Mk., Pedale 5 Mk., Ketten 4 Mk., Glocken 0,30, Hosenklammern 0,10 Mk.,

Neue Fahrräder Mk. 150.

Nach Berkenthin

fährt Dampfer **„Pollux"** am Sonnabend den 22. d. M., **Büssau** und **Crummesse** anlaufend. Ab Burgthortreppe 1½ Uhr Nachm. Rückfahrkarten nach Berkenthin 1 Mk., nach Büssau 60 Pfg., nach Crummesse 75 Pfg. Sonntag den 23. ds. Mts., 2 Uhr Nachm., Fahrt nach **Travemünde.** Ab Travenpavillon.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 22. September

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Kartellbericht.
3. Berichterstattung der einzelnen Werkstätten betr. Werkstattvertrauensmänner.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Einigkeit

Versammlung

am Sonnabend d. 22. Septbr.

Abends 9 Uhr

im Lokale „Neulanerhof."

Der Vorstand.

Circus Variété.

Täglich 7½ Uhr:

Das sensationelle Eröffnungs-Progr.

Nur eine Stimme!!

Nur ein Lob!!

Billets im Vorverkauf bis 6 Uhr ermäß.

Sonntag Nachmittag 4 Uhr:

Fremdenvorstellung b. kl. Preis.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 221. Sonnabend den 22. September 1900. 7. Jahrgang.

Konferenz der sozialdemokr. Frauen Deutschlands.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

g Mainz, 15. Septbr. 1900.

Erster Verhandlungstag.

(Fortsetzung)

Bei der nun folgenden Berathung der Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz tritt

Frau Duncker-Leipzig für Erweiterung des gesetzlichen Wöchnerinnenschutzes der Arbeiterinnen und Sicherung materieller Unterhaltsmittel während der festgesetzten Schutzzeit durch Reform des Krankenversicherungsgesetzes ein.

Frau Zetkin wünscht in der Agitation den Schutz für alle Arbeiterinnen, nicht nur den für die verheiratheten, betont zu sehen. Der Schutz der ledigen Arbeiterin sei schon deßhalb nothwendig, damit nicht durch kapitalistische Ausbeutung total verwüstete Mädchen in die Ehe kommen und Kinder gebären. Die Agitation für den Achtstundentag und die Freigabe des Samstag-Nachmittags ist in den Vordergrund zu rücken. Die Agitation muß planmäßiger als bisher geführt werden, sonst kann kein Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeübt werden.

In der weiteren Debatte wird von verschiedenen Seiten darauf verwiesen, wie viele der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen nur auf dem Papiere stehen. Gegen den von der einen Seite verlangten dreimonatigen Wöchnerinnenschutz wenden sich Frau Ihrer und Frau Fürth als zu weitgehend. Adler-Kiel warnt unter Anderem davor, im Krankenkassengesetz nicht zu weitgehende Belastungen vorzunehmen. Es sei auch zu bedenken, daß die Frauen nicht drei Monate von dem geringen Krankengeld leben können. Demgegenüber vertritt Fräulein Bader die Ansicht, daß ein guter Wöchnerinnenschutz die Krankenkassen erheblich entlasten würde, weil er viele Folgekrankheiten verhindern würde. Katzenstein hält eine Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes über sechs Wochen hinaus für bedenklich. Wichtiger sei die Erhöhung des Krankengeldes für Wöchnerinnen auf die volle Höhe des Lohnes. Man dürfe auch nur Forderungen stellen, die erreichbar seien. Frau Zietz bekämpft diesen Standpunkt, der wohl für eine gesetzgebende Körperschaft, aber nicht für die Aufstellung grundsätzlicher Forderungen in Betracht kommen könne, und erklärt sich für den einmonatigen Wöchnerinnen-Schutz.

Nach längerer Debatte wird ein Kompromißantrag der Frau Zetkin angenommen, der als Mindestmaaß für Wöchnerinnenschutz verlangt, ein Verbot der Arbeit vier Wochen vor der Geburt und sechs Wochen nach der Geburt, Beseitigung der Ausnahmebestimmungen, die ein früheres Arbeiten zulassen, Entschädigung des vollen Arbeitslohnes, Ausdehnung der Wöchnerinnen-Unterstützung für die Frauen der versicherten Arbeiter. Der Anregung der Frau Zetkin auf Verbreitung von Broschüren, in denen die Schutzforderungen für Arbeiterinnen festgelegt sind, diese Schutzforderungen auch in Versammlungs-Resolutionen auszusprechen, wird allgemein zugestimmt.

Hierauf wird noch der letzte Punkt der Tagesordnung, „Frauenbildungsvereine" in Angriff genommen. Die Debatte gestaltet sich sehr lebhaft. Von Frau Ihrer und Frau Duncker wird den Frauenbildungsvereinen eifrig das Wort geredet, lebhaft werden sie von Frau Steinbach bekämpft, die in ihnen nur eine zwecklose Spielerei erblickt. Auch Frau Zietz empfiehlt die Gründung von Frauenbildungsvereinen, wo die geeigneten Kräfte vorhanden sind. Ihr Standpunkt wird von der großen Mehrheit der weiblichen Delegirten getheilt. Bruhns-Breslau erklärt sich gegen diese Vereine. Geeignete Lehrkräfte seien nicht vorhanden, auch das Material der Lernenden sei ein sehr sprödes. Die Rekrutenschule für die Partei müßten die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen bleiben. Auf Anregung der Frau Kähler faßt die Konferenz in dieser Sache keinen Beschluß, spricht aber den Bildungsvereinen ihre Sympathie aus.

Der Schluß der Verhandlungen soll erst morgen stattfinden.

Mainz.

Das „gold'ne Mainz am grünen Rhein" war heuer das Ziel der Delegirten zum Parteitage der deutschen Sozialdemokratie. Sie betraten da bedeutungsvollen Boden, an den die reichen Erinnerungen einer zweitausendjährigen Geschichte sich knüpfen. Das zwei Mal weltbeherrschende Rom fand hier ein Gebiet, seine Macht zu stützen. Schon vor Beginn unserer Zeitrechnung geboten hier die Feldzeichen der Legionen des Drusus. Aus germanischen Siedelungen um die von ihnen erbauten Kastelle herum wurde die Stadt Mainz, die nachher von den Römern zur Metropole von Germania prima erhobene Civitas Morguntiaca. Dann, im fünften Jahrhundert, feierten hier wie anderwärts die Vandalen und die Hunnen ihre fürchterlichen Siege über die Weltmacht des römischnn Cäsarenthums. Drei Jahrhunderte lag die Stadt in Trümmern. Vom fränkischen Könige Dagobert wieder aufgebaut, wurde sie eine Hochburg der zweiten römischen Weltmacht, der Kirche, unter der Herrschaft des Papstthums. Bonifazius, der von der Kirche heilig gesprochene „Apostel der Deutschen", schlug als Erzbisthumsverwalter in Mainz seinen Sitz auf, um mit rücksichtsloser Energie die „Bekehrung der Heiden", d. h. die Erweiterung der päpstlichen Macht, zu betreiben. In der Folgezeit sah Mainz viele Kirchenversammlungen, Parlamente der schlimmsten Hierarchie, welche die Welt je gesehen, dazu bestimmt, die Völker der Herrschaft des theologischen Dogmas und der Herrschaft der Kirche unlöslich zu überantworten. Auch mehrere Reichstage wurden hier abgehalten, worunter auch der Reichstag von 1105, auf welchem der von der Kirche mit dem Bannfluch belastete Kaiser Heinrich IV. des Reiches verlustig erklärt wurde.

Nicht lange, und ein „Geist des Umsturzes" fand in Mainz seine Stätte. Das Bürgerthum führte um Freiheit und Recht siegreichen Kampf gegen das weltliche und geistliche Herrenthum, das es mit seinem „Christenthum" vereinbar fand, den Mann der Arbeit als Sklaven zu betrachten und zu behandeln. Vollständig freie Selbstverwaltung der Städte auf republikanischer Grundlage, das war die Losung des Bürgerthums im zwölften, dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert. Und die Mainzer Bürgerschaft war nicht die letzte im heißen Ringen nach diesem Ziel. Auch sie bot muthig Trotz den obrigkeitlichen Gewalten, die, um den Umsturz zu wehren, „jegliche Handwerksverbrüderung, Zunft und Gesellschaft" verboten. Im Jahre 1255 trat Mainz an die Spitze des Rheinischen, 1381 erweiterten Städtebundes, in welchem Kraft und Genie des Bürgerthums ihre Verkörperung fanden. Leider nur auf kurze Zeit!

Um die Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts nahm von Mainz aus die von Johannes Gutenberg erfundene Buchdruckerkunst ihren Weg in die Welt, was eine gründliche Umwälzung und mächtige Beschleunigung der gesammten menschlichen Kulturarbeit zur Folge hatte.

Die Folgezeit mit ihren gewaltigen politischen Stürmen, der dreißigjährige Krieg, schlug der Stadt schwere Wunden. Kurze Zeit gebot in ihr Gustav Adolf als Sieger. Dann gelangte sie mehrere Male unter französische Herrschaft. Die Ideen der großen französischen Revolution fanden hier Verständniß und Sympathie*) und seiner Bürgerschaft erschien es als kein Unglück, als die Stadt im Frieden von Luneville 1801 förmlich an Frankreich abgetreten wurde. Nach dem Sturze Napoleons an Deutschland zurückgefallen und dem Großherzog von Hessen übergeben, bekam die Mainzer Bürgerschaft in reichem Maße den „weißen Schrecken", die Herrschaft der gegen Recht und Freiheit des Volkes verschworenen reaktionären Gottesgnadenthums-Gewalten zu kosten. Hier hatte die 1819 in Folge der Karlsbader Beschlüsse errichtete berüchtigte und fluchbeladene „Zentral-untersuchungs-Kommission gegen die demagogischen Umtriebe" ihren Sitz. Die Thätigkeit dieser Körperschaft füllt einige der schwärzesten Blätter deutscher Geschichte; ihr Zweck war, das Streben des radikalen Liberalismus nach nationaler Einheit und Freiheit zu unterdrücken.

Die Zeiten und die Verhältnisse sind andere geworden. Ein neuer „Geist des Umsturzes" hielt in den sechsziger Jahren Einzug in die alte Stadt am Rhein, der Geist des demokratischen Sozialismus. Auch hier fand der Appel Ferdinand Lassalles an die Arbeiter sofort ein Echo. Klein zwar war das Häuflein, das damals um das Banner der Partei sich schaarte. Aber das Mühen dieses Häufleins war nicht umsonst. Die erste Betheiligung der Mainzer Sozialdemokratie an der Reichstagswahl erfolgte 1874 mit dem Resultat von 1348 Stimmen. Vorher war das Mandat nationalliberal vertreten, dann ging es auf das Zentrum und von diesem auf die Volkspartei über, worauf es abermals in den Besitz des Zentrums gelangte. Bei den Neuwahlen von 1881 siegte Liebknecht in engerer Wahl mit 8149 Stimmen über den Freisinn. Da Liebknecht wegen Doppelwahl das Mandat ablehnte, ging in der Ersatzwahl dasselbe auf den Freisinnigen über. Dann blieb bei den Wahlen von 1884 und 1887 wieder das Zentrum Sieger. Das 1890 von der Sozialdemokratie errungene Mandat wurde auch 1893 von ihr siegreich behauptet. Das freiwillige Ausscheiden des Abgeordneten Joest jedoch (Juli 1896) führte bei der Ersatzwahl zu einem abermaligen Siege des Zentrums, welcher bei den Neuwahlen 1898 seine Erneuerung fand. Unser Genosse Dr. David unterlag damals dem Zentrumskandidaten in der Stichwahl mit 12004 gegen 12881 Stimmen. Das Zentrum verdankt diesen Sieg lediglich der Unterstützung des Nationalliberalismus. Wir hoffen, daß die nächsten Wahlen ein unserer Partei günstigeres Resultat bringen werden. Fest steht, daß die Sozialdemokratie in Mainz die stärkste Partei ist. Möge der Parteitag ihr neue Kraft zuführen!

(„Hbg. Echo".)

*) Vergl. das treffliche Werkchen von W. Blos: „Die Revolution zu Mainz 1792 und 1793."

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Großfeuer äscherte in der Nacht zum 18. September in Sellstädt bei Geestemünde mehrere Wohnhäuser und Ställe ein. — In der Ems überfuhr, wie man dem „Berl. T." meldet, ein Dampfer ein kleines Segelschiff; letzteres sank sofort. — Kurz nach Verlassen der Station Harrem gerieth Mittwoch Abend ein nach Bergheim (Rheinland) fahrender Zug der Kreisbahn infolge falscher Weichenstellung auf eine in einem Nebengeleise haltende Maschine. Durch den Anprall wurde ein Heizer schwer, und mehrere Passagiere leicht verletzt. — In Mainz ist ein Radfahrer aus Thüringen mit seinem Rade gestürzt und hat das Genick gebrochen. — In Pforzheim stürzte Mittwoch Vormittag ein Pfeiler eines Neubaues in der Tunnelstraße ein. Elf Arbeiter wurden verletzt, zwei davon lebensgefährlich, ein Arbeiter wurde verschüttet und ist noch nicht aufgefunden worden. — Großfeuer zerstörte in Braunschweig am Mittwoch Morgen die Zuckerraffinerie Braunschweig. Der Schaden soll mehrere Millionen betragen, ist aber durch Versicherung gedeckt. — Aus Pirmasens wird berichtet: Herr Gustav

Spottdrossel.

Roman von E. Vely.

(7. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Ein Stück von der morschen hölzernen Schranke bleibt in Hansens Hand, als er das hört; Marzel steht gelassen da und fragt: „Dagegen läßt sich nix thun?"

Nichts! Es ist eine milde Strafe!"

„Und — kann i gleich dableiben — zu der Straf?"

„Das wird man ihr nicht wehren." Sie nickt und geht langsam der Thüre zu, eh sie die erreicht hat, steht Hans neben ihr.

„Mutter Marzel 's ist himmelschreiend unrecht, und i leid's nit!"

Sie sieht ihn mit den klugen Augen an. „Bin drauf gefaßt gewesen und das war gut. Und was willst machen, die haben die Macht!"

„I leid's nit!"

Sie zieht ihn hinaus. „Hörst auf mit schreien, Bu!" Und die Stimme, welche ihm nun all die langen Jahre so oft ge- und verboten, übt noch immer ihre alte Gewalt über ihn aus, er gehorcht.

Mit den hagern Händen streicht sie über sein Gesicht.

„Gar nit so arg ist's — und sind nur dreimalvierundzwanzig Stunden — wie schnell die hingehen, das glaubst gar nicht. Und Langweil thu i nit kriegen, hab' arg viel zu denken."

„An all das Unrecht, was Dir lebenslang geschehen ist!" ruft der Bursche.

„'s hat auch Stunden gegeben, die i nimmer missen möcht', um kein' Preis der Welt," sagt die Alte, und ein Schimmer von glücklichem Lächeln fliegt über ihre welken Züge, „für kein' Reichthum!"

Er hält ihren Arm fest. „Nur heut thu di nit gleich einsperren lassen, bekommst ja eine Frist."

Sie nickt. „Versprichst's?" drängt er.

Sie fährt ihm liebkosend über die Haare. „Will's überlegen, und erst einmal nach meim Päckle schaun, das i drin hab."

„Mutter Marzel," fällt er ein, „hat aber der Herr Damian eine Freud' gehabt — 's ist von den alten Römern her, und ein Prachtstück. In Stuttgart soll's ausgestellt werden und ein Geld bekomm' i auch!"

„Wart hier!" sagt sie und geht in eine Seitenthüre.

Er wartet, sie will ja ihr Päcklein holen. Wenn sie die Frist herankommen läßt, bis dahin kann noch vieles passiren. Vielleicht, wenn's sich mit Geld loskaufen ließe, hilft der Fund dazu. Aber er muß lange warten. An ihm vorbei gehen und kommen neue Leute, deren Sache da innen verhandelt wird. Er denkt, wie müde die Richter werden müssen, wie sie vielleicht sich heimsehnen, zum Mittagsmahl — und ob's solch ein armer Teufel, dessen Sach' sich lang hinzieht, nicht büßen muß, wenn der Herr Richter Eil' hat und sich erinnert, daß die Supp' verkocht und der Braten einschmort. Ja, so dumme Gedanken hat der schwarze Hans, daß er selber drüber lachen könnt', wenn ihm gerad lächerlich zu Muth wär'.

Da steht der Büttel vor ihm.

„Du auch, die Alt' läßt Dir sagen, daß Du heimgehen möchst, auf sie kannst nimmer warten, die sitzt allbereits hinter Schloß und Riegel."

„Also doch — doch!" ruft der Hans, wie aus einem Traum emporfahrend.

„Hab's fest versprochen, die Nachricht zu bringen; ein Gruß war auch dabei — und Du, was, Du giebst ein Schöpple aus für meine Bemühung?"

Hans ekelt's vor dem Mann und dem Platz, auf dem er selber steht, er greift in die Tasche und drückt dem Büttel eine Münze in die Hand und dann läuft er an ihm vorüber, gleichviel wohin, nur da nicht in der Nähe bleiben, wo sie sein armes Mütterle, das wehrlose graue Weiblein, eingesperrt haben.

Der Büttel betrachtet das Geldstück.

„Nu, reichen thut's — und geben hat er's mir in einer so besondern Art — den könnt eins für einen fürnehmen Herrn halten, wenn's nit um die Kleider wär', die sein' Stand verrathen thun."

Ohne Ziel läuft Hans durch die Straßen, er hört wieder Trompetenstöße, aber um alles möchte er jetzt nicht dem fremden Mann in das übermüthig lächelnde Gesicht blicken, der säh ihm gar wohl an, daß ihn Kummer und Schande drücken.

„Nein, den Tänzersleut' nur aus dem Weg!"

Durch eine Nebenstraße scheint's in's Freie zu führen — dahinaus! — Aber wie er um die Ecke biegt, sieht er Stangen, Gerüste, gespannte Seile und eine Leinewand gezogen, die in Manneshöhe einen Kreis umschließt. Ist's doch, als könnt' und sollt' er dem Gaukelspiel nicht entgehen.

Rechts hinüber! Da steht er vor drei bunt angestrichenen Wagen, die haben alle Schornsteine, aus dem einen steigt sogar ein lustiger Rauch in die klare Maienluft. — Wie fahrende Häuschen sehen die bunten Kästen aus und sind's auch, das weiß er von früher her. Sie bergen über Nacht das Seiltänzervolk, sie sind seine Wohnstätten am Tage und die Reisegelegenheit zum Weiterziehen.

„Solch ein Kasten — und drumher die Welt!" denkt Hans und will vorüber. Da kommt die schmale Treppe des zunächst stehenden Wagens eine wunderliche Gestalt herab; zuerst blickt Hans voll Staunen auf die trikotbekleideten Beine, er hätte beinah das feine Gewebe für wirkliche Menschenhaut gehalten, dann werden kurze Tüllröcke sichtbar, das Stück eines gelben Atlasmieders — die Schultern sind, vielleicht um nicht voreilig die größte Schönheit zu enthüllen, mit einem dunkelrothen Shawl bedeckt un darüber

Fahr, Mitinhaber der bedeutendsten hiesigen Lederfabrik Gebrüder Fahr wurde im Rhein bei Maxau als Leiche gelandet. Der jüngst erfolgte Tod seiner Frau ist die Ursache des Selbstmordes gewesen. — In Kiel entdeckte die Kriminalpolizei eine Falschmünzerwerkstatt und verhaftete einen italienischen Gipsfigurenhändler, der wiederholt Falsifikate ausgegeben hat. Sie beschlagnahmte die Prägewerkzeuge. — In Düsseldorf erschoß der Friseur Busch aus Rachsucht seinen Schwiegervater, den Gastwirth Ploum, und verübte einen Selbstmordversuch, wobei er sich lebensgefährlich verletzte. — Der Dampfer der Vereinigten Dampfschiffsgesellschaft „Octa", von Aalborg nach Hamburg mit Vieh und Stückgut unterwegs, ist Mittwoch an der Nordseite von Tromsö auf Grund gerathen und leck geworden. Die Gesellschaft schickt den Dampfer „Saxo" ab, um die Ladung an Bord zu nehmen und nach Kiel, der nächsten Quarantänestation, zu führen. Die Ladung ist nach Altona bestimmt. — Aus Budapest meldet Hirsch: Aus dem Nachlaß des verstorbenen Großindustriellen Wallersfeld fehlen große Beträge. Die Unterschleife fallen einer hohen Persönlichkeit zur Last, deren Verhaftung nahe bevorsteht. — „Petit Soir" erfährt aus bester Quelle aus Genf, daß der Gesundheitszustand des Dreyfus ein guter ist, er muß sich jedoch noch einige Monate schonen und wird dann nach Paris zurückkehren, um mit seiner Freunde Hilfe seine Rehabilitirung aufzunehmen. — In Roubaix sind in der Nacht auf Mittwoch die in einem öffentlichen Logirhaus aufgestapelten großen Schafwoll- und Baumwollvorräthe verbrannt. Der Schaden wird auf 4½ Millionen geschätzt. — Vom Risiko der Bergarbeiter wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Auf der Frischglück-Zeche (Brüxer Bergbaugesellschaft) bei Dux (Böhmen), woselbst kürzlich Schwimmsand-Einbruch erfolgte, ereignete sich Mittwoch ein schwerer Unglücksfall infolge schlagender Wetter. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist noch nicht bekannt. In Dux herrscht große Aufregung. — In Manchester wurde Mittwoch Nachmittag durch eine Feuersbrunst das Telegraphen- und Telephonamt zerstört. Der direkte Verkehr mit London ist fast ganz unterbrochen. — Durch heftige Gewitter wurden mehrere Dörfer in der Umgegend von Toledo überschwemmt und die Eisenbahnverbindungen an einzelnen Stellen unterbrochen. Der Blitz schlug in vielen Orten ein, der Schaden ist groß, viele Menschen werden vermißt. — Nach einer bei Lloyds eingegangenen Meldung aus Athen ist der Dampfer „Charkieh", der Khedivschen Packetgesellschaft gehörig, bei Andros gestrandet. Ein Theil der Passagiere ist ertrunken. — Die Maklerfirma Hatch und Foot in Newyork hat fallirt. Die Verbindlichkeiten betragen etwa 2 Millionen Dollars. — Durch den Orkan, der Texas heimsuchte, ist auch das Seebad High Island in der Provinz Jefferson zerstört worden. Von den ungefähr tausend Häusern des Ortes, in welchem sich zahlreiche Badegäste befanden, blieb nicht eins verschont. Hilfskolonnen, welche in High Island eingetroffen sind, fanden 400 Leichen.

Kampf um ein Gewinnloos. Das Schicksal des Hauptgewinns einer „auswärtigen" Lotterie bildet das Stadtgespräch in Potsdam. Ein dortiger Hausbesitzer hatte von einem Lotteriekollekteur aus Mecklenburg zwei Achtellose zugeschickt erhalten, deren erste Klassen er auch regelmäßig bezahlt hatte. Da die Nummer aber nicht herauskam, so löste der Hausbesitzer bei der letzten Ziehung die ihm im Original zugesandten Loose nicht ein, sondern schenkte sie seinem erwachsenen Sohne, der die Einlösung bewirken wollte, dies aber im Drange der Geschäfte vergaß. Am Sonnabend erschien nun in der Wohnung des Hausbesitzers ein Herr mit der Nachfrage nach den Loosen. Nachdem der Inhaber dieser beiden Loose diese ahnungslos herbeigeholt, stürzte sich der Fremde, ein Lotteriekollekteur, auf die Loose, riß sie mit den Worten: „So, jetzt haben wir sie endlich; die Nummer ist mit 40 000 Mk. herausgekommen!" an sich und wollte sie in die Tasche stecken. Der Hausbesitzer und sein Sohn sprangen nunmehr auf den Kollekteur los, und es entspann sich ein wüthender Kampf, im Verlaufe dessen der Kollekteur auf ein Bett geworfen wurde, so daß es schließlich gelang, ihm die Loose wieder zu entreißen. Unter allerlei Drohreden eilte der Fremde davon. Nach einer Stunde erschien bei dem Hausbesitzer ein Gerichtsvollzieher, der einen schnell von dem Kollekteur erwirkten gerichtlichen Befehl zur vorläufigen Beschlagnahme der Loose vorzeigte. Als der Hausbesitzer auch jetzt noch sich weigerte, die Loose herauszugeben, weil diese Eigenthum seines Sohnes seien, ließ der Gerichtsvollzieher durchblicken, daß der Kollekteur nicht abgeneigt sei, sich mit dem Hausbesitzer zu einigen. Da nun für die beiden Achtelloose der Gewinn etwa 10 000 Mk. betrug, so einigte man sich schließlich dahin, daß der Hausbesitzer die Summe von 3500 Mk. sofort ausbezahlt erhielt, während der Rest dem Kollekteur verblieb. — Ein „Kultur"bild, wie es widerwärtiger, ekelhafter wohl kaum gedacht werden kann. Der Segen des Lottos, das alle „edlen" Triebe weckt!

Die Sittlichkeit wird jetzt in Preußen mit aller Macht gehoben. Die „Kreuz-Ztg." meldet: „Auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern soll dem in sittlicher wie wirthschaftlicher Hinsicht gleich verderblichen Ueberhandnehmen der öffentlichen Tanzlustbarkeiten mit Entschiedenheit entgegen getreten werden. Zur Erreichung dieses Zieles wird es in erster Linie darauf ankommen, daß die Ortspolizeibehörden gegen solche Tanzlustbarkeiten nachsichtslos einschreiten, die unter dem Deckmantel des Vereinswesens als Tanzlustbarkeiten einer geschlossenen Gesellschaft gelten wollen, bei näherer Prüfung aber sich ohne Zweifel als öffentliche Tanzlustbarkeiten charakterisiren. Ferner ist auf solche Tanzvergnügen zu achten, welche unter dem Namen „Kaffeekränzchen" oder unter einer ähnlichen, den Zweck des Zusammenkommens verschleiernden Bezeichnung, namentlich in den Städten, so häufig vorkommen. In zweiter Linie ist aber durch energische Handhabung der durch die bestehenden Polizeiverordnungen geregelten Genehmigungspflicht auf die thunlichste Einschränkung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten hinzuwirken." — Wenn erst jedem Staatsbürger behördlich vorgeschrieben wird, wann er sich ein Vergnügen leisten darf, dann ist die Sittlichkeit gerettet und die unbequeme Sozialreform, als Wohnungsverbesserung u. s. w., kann man sich sparen.

Ethisches zur Feuerbestattungs-Frage. Unter diesem Titel berichtet die Wochenschrift: „Ethische Kultur": „Vom 7. bis 9. September d. Js. fand in Frankfurt a. M. der 9. Verbandstag des Feuerbestattungs-Vereins deutscher Zunge statt. Es ist tiefschmerzlich, mit ansehen zu müssen, wie auf großen Kongressen für ein Menschenrecht gekämpft wird, das man auf den ersten Blick für das selbstverständlichste, primitivste Recht eines jeden Menschen halten sollte. Wir sind mit unserer Kultur glücklich so weit gekommen, daß wir für viele der einfachsten Dinge des Daseins alles Verständniß eingebüßt haben. Unser materielles Eigenthum ist bis über den Tod hinaus in unserer Gewalt; es ist uns die Macht zu eigen, über unsere Häuser und Ländereien, unsere Geschäfte und Kapitalvermögen frei über den Tod hinaus zu bestimmen — nur über unseren eigenen Körper sollen wir nicht frei verfügen dürfen! Ein großer Industrieller hätte z. B. das Recht, in seinem Testament zu bestimmen, daß seine sämmtlichen Fabriken dem Erdboden gleich gemacht, seine Bergwerke zugeschüttet, seine Schiffe zerstört, sein Vermögen in's Meer versenkt würden — und diese Bestimmungen würden ausgeführt werden müssen — er hätte aber nicht das Recht, zu bestimmen, daß seine Leiche verbrannt werden soll, weil der preußische Staat die Machtvollkommenheit zu haben glaubt, dies zu verbieten. Aber die Komik der Sachlage ist damit noch nicht erschöpft. Preußen ist rings von Bundesstaaten umgeben, in denen die Feuerbestattung offiziell eingeführt ist. Bremen, Hessen, Hamburg und einige thüringische Staaten lassen die Feuerbestattung zu. Der Einwohner von Altona braucht seine Leiche nur nach Hamburg, der Frankfurter die seinige nach Offenbach überführen zu lassen und alle gesetzlichen Hindernisse sind beseitigt! Eine Folge davon ist, daß die Anhänger der Feuerbestattung bereits anfangen, die Frage der Spedition von Leichen in den Vordergrund ihrer Bestrebungen zu stellen. Erst kürzlich wurde ein Vertrag mit einer großen Rhederei abgeschlossen, die es übernommen hat, Leichen von Königsbergern auf Dampfern nach Hamburg zu überführen. Am 8. Juli wurden bereits zwei Leichen mittels des Dampfers „Wilhelm" nach dem Hamburger Krematorium verschifft! Jeder, der die nöthigen Geldmittel sein eigen nennt, kann also verfügen, daß seine Leiche nach dem Krematorium eines nichtpreußischen Bundesstaates transportirt werde. Dem Reichen ist damit ein kostbares Privilegium verliehen — ein weiteres zu den vielen, die er bereits besitzt, und der Minderbemittelte, der vielleicht einen Abscheu vor dem Erdgrabe hat (Sympathien und Antipathien richten sich nicht nach dem Portemonnaie) muß auf die Feuerbestattung verzichten, wenn er so unvorsichtig ist, in Preußen zu sterben. — Lübeck ist bekanntlich noch unter den in dieser wie in vielen anderen Beziehungen rückständigen Staaten zu finden.

Davids Schleuder. In einem frommen Blättchen finden wir folgende erbauliche Betrachtungen: „Davids Schleuder war ein kleines, unscheinbares Ding und hinderte doch den Riesen, sein mächtiges Schwert zu gebrauchen. Der glatte Stein, aus der Schleuder fliegend, war dem Auge des Philisters kaum sichtbar, und tödtete ihn doch. David selbst war kein Kriegsmann und hatte noch nie den Kampf auch nur gesehen, er trug keine Rüstung und wußte nicht mit den üblichen Waffen umzugehen, dennoch blieb er Sieger! — Warum? — Er verließ sich auf Gott!" Nach diesen Darlegungen wären alle unsere militärischen Rüstungen überflüssig und kein Deutscher hätte die Krupp'schen Geschütze der Chinesen zu fürchten. Das erwähnte Blättchen wird von einem Komitee herausgegeben, an dessen Spitze Graf v. Bernstorff, Geh. Oberregierungsrath und vortragender Rath im preußischen Kultusministerium, steht. Der Graf ist freikonservatives Mitglied des Reichstages für Lauenburg; vielleicht erzählt er auch im Parlamente die Geschichte von David's Schleuder, und stellt Anträge, welche der in seinem Organ vorgetragenen Anschauung entsprechen.

Furchtbarer Waldbrand in Frankreich. Wie aus Bordeaux berichtet wird, ist vor wenigen Tagen in dem Wald- und Haidegebiet des Departements Gironde eine Feuersbrunst ausgebrochen, wie man sie noch nicht erlebt hat. Bis jetzt sind 12500 Morgen Nadelwald der Ortschaften Ychoux, Parentis-en-Biscarosse und Sanguinet ein Raub der Flammen geworden. Die Verluste belaufen sich bereits auf eine halbe Million Franks. Den Bewohnern der heimgesuchten Gegenden gelang es nur, in großer Eile das nackte Leben zu retten. Ihr Mobiliar und sämmtliches Vieh, das in großer Anzahl verbrannt ist, mußten sie im Stich lassen. Alle Eisenbahnzüge der Südlinien sind mitten durch die Flammen gefahren und in Bordeaux nur mit geringer Verspätung eingetroffen. Darunter befanden sich sieben Züge, die mit zahlreichen aus Lourdes zurückkehrenden bretonischen Pilgern besetzt waren. Begreiflicherweise geriethen die Leute ganz außer sich, als das schnaubende Dampfroß mitten durch ein Flammenmeer mit ihnen raste. Jeder Zug machte kurz vor der Brandstätte Halt, um sämmtliche Fenster schließen zu lassen und fuhr dann in möglichst beschleunigtem Tempo durch die lodernde Gluth. In dem ganzen Distrikt herrscht Entsetzen. Das Feuer brach an der Grenze zwischen den Departements Gironde und Landes in der Ortschaft Liposthey aus. Das Gerücht, daß der verheerende Brand angelegt worden sei, nimmt immer mehr Wahrscheinlichkeit an. Wie verschiedene glaubwürdige Personen bezeugen, ist das Feuer an mehreren Stellen zugleich ausgebrochen. Den Flammen konnte trotz aller Anstrengungen bisher nicht Einhalt gethan werden; sie bewegen sich in der Richtung nach Belin unaufhaltsam weiter. Die furchtbare Hitze macht sich auf eine ausgedehnte Entfernung hin fühlbar.

Das Erscheinen eines fahrenden Leuchtthurms ist das sensationelle Ereigniß der französischen Heeresmanöver. General Brugere, der oberste Leiter der Heeresmanöver, wollte selbst die ersten Versuche mit dem Scheinwerfer machen, der das Manöverfeld auf eine Entfernung von drei Kilometern zu beleuchten vermag. General Brugere nahm mit dem Erfinder Marcel Renault auf dem Wägelchen Platz, das rückwärts eine kleine Säule trägt, einen Miniatur-Leuchtthurm. Die Dynamomaschine erheischt sieben Pferdekräfte. Die Abfahrt erfolgte im Dunkel der Nacht und nur eine Acetylenlampe erhellte den Weg. Plötzlich wurde Halt gemacht, die Dynamomaschine in Betrieb gesetzt und ein heller Lichtkegel erstrahlte, der die Erforschung der ganzen Gegend ermöglichte. Dieser Versuch wurde mehrmals wiederholt und ist vollständig gelungen. Auf einer kurzen Strecke bergab konnte der Motor für die Beleuchtung verwendet werden und der Eindruck, den der dahinsausende Leuchtthurm machte, war ein geradezu phantastischer.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 20. Septbr

Der Schweinehandel verlief sehr gut.

Zugeführt wurden 1020 Stück, davon vom Norden 616, vom Süden 404 Stück. Preise: Sengschweine 54—55 Mk. Versandschweine, schwere 54—55 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 47—50 Mk. und Ferkel 50—53 Mk. pro 100 Pfd.

---

dreht sich eben ein schwarzer Lockenkopf zu ihm hin, welcher mit einem silberglänzenden Reif geschmückt ist.

Zu dem Kopf gehört ein Gesicht, dessen roth und weiße Farben Hans noch nie auf einem Menschenantlitz wahrgenommen hat, so leuchtend dünken sie ihn und zwei große, schwarze Augen, die ihn lustig anblicken.

„Wenn Sie in den Zirkus wollen, Herr, der Eingang ist drüben!" sagt eine schwäbischen Ohren etwas ausländisch klingende Stimme.

Hans antwortet nicht, er starrt die bunte Gestalt an — und die Namen Laura und Amanda dämmern in ihm auf. Welchen trägt sie?

„Schönes Wetter", sprechen die plauderlustigen Lippen weiter, „meinen Sie nicht auch, daß wir auf reichlichen Besuch rechnen dürfen?"

Sie steht dabei ganz zutraulich neben ihm.

„Freilich — ei wohl doch!" murmelt er.

Seine Blicke gleiten an ihr hinunter, rasch und verstohlen über die wohlgeformten Waden und bleiben auf den Füßen haften, den glänzenden Schühchen, die sie bekleiden. Er weiß noch immer nicht, ob er sie für ein wirkliches Menschenbild halten soll! Aber, wenn sie das nicht ist, was ist sie dann? Denn mit Märchen und Feengeschichten ist sein Kinderkopf nicht angefüllt worden — Mutter Marzel hat immer zu sehr in der „wirklichen" Welt gelebt.

Die Seiltänzerin hat ein starkes Parfüm in dem kleinen Taschentuch, mit welchem sie eben vorsichtig ihre Lippen betupft, er verspürt den ungewohnten Duft und das macht ihn noch beklommener.

„Eine hübsche Gegend," fährt sie fort, „aber ich bin mehr für große Städte — Sie nicht auch?"

„I — i — freilich — i auch," stammelt er dann und wird bei der Unwahrheit, die er so wissentlich redet, dunkelroth. —

Seine Ungeschicklichkeit macht ihr Spaß, sie ist aber welterfahren und hat schon mit mehr als einem solcher Burschen zu thun gehabt. Es ist für sie ein ganz unterhaltsames Spiel.

„Gefall ich Ihnen in dem Kostüm da?" fragt sie herausfordernd.

's ist arg besonders," bringt Hans hervor.

„Niemand im Zirkus Renz hat es eleganter," fügt sie hinzu, aber diese unverständlichen Worte machen keinen Eindruck auf ihn. Er sieht sich um, als müsse von irgend einer Seite eine Hilfe kommen und ihn erlösen — und dabei ist er zornig auf sich selber, denn er hat sich bisher nicht für so unanstellig gehalten.

Sie reckt die bloßen Arme ein wenig in die Luft, als wolle sie ihre Geschmeidigkeit prüfen, lacht und sagt: „Wenn Sie den Anfang nicht versäumen wollen, so müssen Sie jetzt gehen, hören Sie?"

Drei Trompetenstöße erschüttern die Luft und dann ein Beifallsrufen.

„O, arg eilig ist mir nit zu Muth!" meint Hans.

„Sehr schmeichelhaft," entgegnet das geputzte Weib. „Ich komme aber auch bald dran. Geben Sie Acht, ich werfe Ihnen eine hübsche Kußhand zu."

„Ist's auch gewiß?" fragt Hans, denn er weiß sonst nichts zu sagen.

„Ganz gewiß!" lacht sie. „Marmotte!" ruft sie dann einem kleinen Knaben zu. „Weise diesen Herrn einmal zurecht."

Das Bürschlein hat in einiger Entfernung auf dem Boden gelegen, es steckt auch in einem Harlekin-Gewand und scheint auf seine Nummer zu warten.

„Auf Wiedersehen!" sagt die Tänzerin und Hans fühlt ihre Hand in der seinen.

„Sie gefallen mir," fügt sie augenblinzelnd hinzu. „Sie sehen nicht aus, wie alle diese Bauern hier!"

Der Knabe nimmt ihn am Arm, so muß er wohl folgen. Wie er zurückblickt, sieht er die Fremde auf der kleinen Treppe stehen, ihre Armbewegungen machend. Noch einmal nickt sie — oder bildet er sich das nur ein?

Dann kommt er dem wüsten Beifallsgeschrei näher, das hinter der Leinwand ertönt.

Ein Mann fragt nach seinem Billet und schlägt zugleich auf einen Kasten, hinter dem ein runzeliges Weib sitzt, das eine weiße Feder vom Kopfe hernieder nicken hat und sich in ein buntes Tuch hüllt, als friere es.

„Die Augen," denkt Hans, „die gleichen einmal denen dort außen."

Mechanisch holt er einen rothen Zettel hervor und wird durch einen bunten Vorhang und weiterhin auf seinen Platz geschoben. In der Mitte des sandigen Kreises sieht er den Führer der Seiltänzerbande, er läßt eben ein Pferd eine kleine Kanone abschießen und redet dazu mit seiner gewandten Zunge und die bunten Kerle schlagen um ihn her Purzelbäume, wie heute auf der Gasse.

Dann blickt er zur Seite. Die Dirne da neben ihm und die langen Zöpfe kennt er ja — so taumelig ihn auch das Erlebte gemacht hat. Und eins kommt ihm dazu noch in den Sinn — er hat nichts von den Tänzerlesleuten wissen wollen und sitzt nun plötzlich in dem Zirkus vor ihrem bunten Schauspiel.

„Wie lang Du geblieben bist!" sagt eine weiche Stimme, „hab mi fast um di geängstigt. Und so herrliche Ding machen sie da herinnen."

„Ist's wahr?" antwortet er. Aber obwohl er's laut spricht, ist's doch nur allein an sich selber hingeredet, denn er fragt sich damit, ob er der Hans und sie die Ursel ist. (Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redacteur: August Lasch. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.